

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXIX. Jahrgang

Berlin, 29. Mai 1925

Nummer 22

INHALTSVERZEICHNIS

Pfingsten	B. Bulan
Schutz der Arbeit	F.
Das Gemeindebestimmungsrecht	S. Wggow
Gemeinwirtschaftliche Wasserversorgung	Mattutat
Zur Arbeit der Betriebsvertretungen	B. Schapitz
Sozialistische Pfingstgedanken	G. R.
Aus Politik und Volkswirtschaft • Aus den Gemeinden • Straßenbahner Landstraßenwärter • Aus unserer Bewegung • Rundschau.	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schleifische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 119 44

Gesundes Blut

ist der Träger von Gesundheit, Schönheit, Körperliche Arbeitskraft und Lebensfreude!

Krankes Blut

aber die Ursache vieler Krankheiten, von Stetium frühzeitigem Tod. Eine ganze Reihe Krankheiten, besonders Stoffwechsellkrankheiten, Gicht, Rheumatismus, Zuckerkrankheit, Fettsucht, Blutentmischung (bläulich Blutarmut und Bleichsucht genannt), viele Hautkrankheiten, Hämorrhoiden, Gallen- und Leberleiden, Nieren- und Nervenleiden, Stuhlverstopfung, Appetitlosigkeit, Magenleiden, Kopfschmerzen, Herz- und Nervenleiden und viele andere, sind oft nur die Folgen von schlechter Blutmischung und dickem, verdorbenem, schlecht strömendem Blute, und verschwinden wie von selbst nach einer gründlichen Blutreinigung und Reinigungskur, wozu sich der berühmte Philippsberger Radikal-Blutreinigungsmittel und Entschleunigungsmittel "Herbaria" bewährt. Er wirkt entgiftend, entstärkend, reinigend und aufrichtig auf Blut und Stoffe, befreit das Blut von der schädlichen Harnsäure (der Ursache von Gicht und Rheumatismus), damit es wieder rein und gesund, hell und klar durch die Adern fließen und alle Organe mit gesundem, gesättigtem, lebenspendendem Blut ernähren kann. Neue Arbeitskraft, Lebensfreude und Frohsinn zieht wieder in den Körper! Warten Sie aber mit einer solchen Kur nicht, bis Sie krank sind, sondern trinken Sie dieses Tee rechtzeitig und kurzzeitig an Stelle sonstiger Morgen- und Abendgetränke. Vielen Krankheiten wird dadurch vorbeugt! Massenhafte Dankeschreiben, die wir aber der hohen Kosten wegen nicht abdrucken lassen können, da sie in die Tausende gehen! Paket 2,50 Mark, Kur: 3-6 Pakete. Ferner empfehlen wir unsere billigeren Blutreinigungsmittel:

Universal-Blutreinigungsmittel, mild wirkend, Paket Nr.	1,50
Philippsberger Reform- abführend, ..	2,10
Normal wasserreibend, ..	1,25
Erkta-Tee, mild blutreinigend und entstärkend, ..	0,75

Herstellung und Versand direkt durch das Herbaria-Kräuterparadies, Philippsberg 206 (Baden).

Rein überseeischer Rauchtobak

Mittelschnitt
5 Pfund für M. 8,-, 10 Pfund für M. 9,- franko Nachnahme. Reicht amerikanische Virginialblättermischung mit Java in Fein-, Mittel- oder Grobschnitt, je Pfund M. 2,-. Alle Sorten versteuert. Muster gegen Voreinsendung von M. 2,- auf Postcheckkonto Nürnberg Nr. 7367.
Bebold & Axinger, Tabakfabrik, Kitzbinger a. Main
Gegründet 1893

Anerkannt beste Bezugsquelle für billige böhmische Bettfedern

1 Pfd. graue, gute, geschliff. 1,25
2,25 halbweiße 1,30 M.
weiße, flaumig, geschliffene 2,25
3 M. feinst. Halbflaum-Herrschafftsfedern 4, 5, 6 M.
1 Pfd. Rupffedern ungeschl. mit Flaum gemengt, halbw. 2,20 M., weiß 2,50, 3 25 M., allerfeinster Flaumrupf 4, 5 M. Versand tollfrei, gegen Nachnahme, von 10 Pfd. an franko. Umtausch gestattet, für Nichtpassendes Geld retour. Ausführliche Preisliste gratis.
S. Beisch, Prag-Weinberge, Kramertova Nr. 26/791, Böhmen.

Kennen Sie Kaiser's

Wäschepreise? Sofort verlangen! Oberhemd mit 2 Krägen nur 5,50 M. Linon-Bettgarnituren, 3 teilig nur 11,50 M. H. Bruno Kaiser, Oberlichtenau, Bez. Dresden.

Garderobe

auf Teilzahlung
Herrn Damen
Anzüge, Hosen, Paletots, Kleider
Ulster, Paletots, Kostüme, Röcke
Gute Ware / Solide Preise
Große Auswahl
M. Beiser, Berlin
In Norden: Lottberger Straße 67 / In Ocken: Praterstraße Allee 35.

Ziehung 12. u. 13. Juni 1923

Ostpreussische Wohlfahrts-Geld-Loterie
6834 Gewinne in der diesjährigen
M. 200 000 Hauptgewinn
50 000
30 000
20 000
10 000
Lose à 3,30 M. Porto und
Licht 35 Pf. extra vermerkt auch auf Nachr.
Emil Stiller,
Karlshaus, Hamburg, Neißestraße 37
Billige Bestellung erwünscht.

Wichtige Musik treiben -
Wohle Dörfl schreiben!

MUSIK
Instrumente
für Orchester, Schule und Haus.
Verlangen Sie Preisliste
MAX DÖRFEL
Kilgenhof 1, Sachse, Nr. 36

Kostspielige Erholungsreisen

kann sich heute niemand mehr leisten. Erholung hat jeder nötig. Wichtig ist, daß er sie für wenig Geld finden kann. Wie unendlich viel Leute werden doch heute von Gicht, Zuckerkrankheit, Korpulenz, dauernden Entzündungen des Halses, der Nais, der Ohren, Adernverfälschung und als Folge derselben von langwierigen Leiden, Schlaflosigkeit, Mattigkeit, Schlaflosigkeit, Blimmern vor den Augen, Schwindelanfällen, Krämpfen, Schmerzen in den Gliedern, in der Brust, im Rücken, Appetitlosigkeit, Stuhlverstopfung, Durchfall, Blutausströmungen, Zittern der Glieder, Bellemungen, blühartigen, schmerzhaften Schmerzen in verschiedenen Körperteilen, Hautjucken, schlechter Verdauung, Nachtschweiß, kalten Händen, Leiden des Herzens, der Nieren, der Galle, der Leber, Hämorrhoiden, Flechten, Ausschlägen usw. geplagt.

Nach Sie können unter diesen unangenehmen Umständen, und doch liegt eine Hilfe so unendlich nahe. Alle diese Beschwerden haben ihre Grundursache in der Zusammenziehung des Blutes, des Lebenssaftes, von dessen mehr oder weniger veränderter Zusammenziehung das Funktionieren aller Organe unbedingt abhängt. Gesundes Blut - gesundes Leben, Frohsinn und Schaffensfreudigkeit! Unreines Blut - trübes Dahindämmern, unzählige Beschwerden, ein früher Tod! Schaffen Sie sich also reines Blut durch Dr. med. Robert Jahn's "Salvito". Eine ausfindende Broschüre "Die Kunst, das Leben zu verlängern", welche die näheren Zusammenhänge schildert, sowie eine kostlose Probepackung dieses Präparates erhält jeder unentgeltlich, welcher heute noch darum eine Postkarte mit genauer Adresse schreibt. Schreiben Sie an Dr. med. Robert Jahn & Co., G. m. b. H., Ragdeburg Hg. Nr. 16, denn für die Erhaltung Ihrer Gesundheit ist jeder Augenblick kostbar!

Der Festkuchen

nach Dr. Oetker's Rezepten gebacken, stellt jeden Kuchenfreund zufrieden. Versuchen Sie

Korinthen - Kuchen.

Wie billig sich der Kuchen stellt, kann jede Hausfrau selbst sehr leicht berechnen.



Zutaten:	
1 Pfd. Weizenmehl	200 g Zucker
1/2 Pfd. Korinthen	6 Eier
50 g Zitronat (Sukade)	1 Tasse Milch
100 g Rosinen	2 Teelöffel voll Zimt
1/2 Pfd. Butter	1 Päckchen Dr. Oetker's „Backin“

Zubereitung: Die Butter rühre schaumig, gib Butter, Ei gelb, Mehl, dieses mit dem Backin gemischt, Milch hinzu und zuletzt die Korinthen, Zitronat, Rosinen, Zimt und den Eierschnee. Fülle die Masse in die gefettete Form und backe den Kuchen in etwa 1 1/2 Stunden.

Verlangen Sie kostenlos vollständige Rezeptbücher in den deutschen, wenn vergriffen, gratis und franko.

Dr. A. Oetker, Bielefeld

Käse-

Fabrik
Großhandel
Import
Lieferung von ca. 2500 Sorten, bester Qualität, in allen Größen, Teil, Art, Laib u. ca. 1 Pfd. 50 Pf. u. 1 Pfd. 100 Pf. u. 1 Pfd. 150 Pf. u. 1 Pfd. 200 Pf. u. 1 Pfd. 250 Pf. u. 1 Pfd. 300 Pf. u. 1 Pfd. 350 Pf. u. 1 Pfd. 400 Pf. u. 1 Pfd. 450 Pf. u. 1 Pfd. 500 Pf. u. 1 Pfd. 550 Pf. u. 1 Pfd. 600 Pf. u. 1 Pfd. 650 Pf. u. 1 Pfd. 700 Pf. u. 1 Pfd. 750 Pf. u. 1 Pfd. 800 Pf. u. 1 Pfd. 850 Pf. u. 1 Pfd. 900 Pf. u. 1 Pfd. 950 Pf. u. 1 Pfd. 1000 Pf.
C. Armbruster,
Altstadt Nr. 5 (Halle)

Wieso Magen-

U
bestehen dem besetzt oft in 24 Stunden, hart, wildschmerzhaft.
Friedr. Wilh. Schärke
Frankfurt a. M., Thlr. 1.

Felix Fechenbach

im Haus
der Freudlosen
Bild aus d. Zuchthaus
Fechenbach im
Vorwort: Last
dies Buch u. gettet
dann noch gedank-
ten über Nach-
richten von Zucht-
hausurteilen in Zei-
tungen weg - wenn
Ihr es könnt.
120 Seiten stark,
Ganzleinenband.
Preis 3,50 Mark
Zu beziehen durch die
Abteilung BBcher und
Schriften, Berlin SO 22
Schlesische Straße 2.

Die Gewerkschaft

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11044

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 60 Pf.

Pfingsten

Über grünende Fluren da wandere ich hinein in die
endlosen Weiten. / Blaugläsern der Himmel hoch über
mich und rauschend ein Bächlein zur Seiten. / Wie
bin ich so froh, wie fühl ich mich frei, wie jubelt mein
Herze vor Freuden. / O du herrliche Welt, o Sonnens-
schein du, wohl möchte ich immer so schreiten / Da
schau ich vom Berge hinab in das Tal und sehe die
Dörfer und Städte, / Darinnen die Menschen mit
ihrer Qual, gefesselt am Arbeitsgeräte. / O kommt doch
und seht wie mit liebender Hand die Erde euch gibt
ihren Segen, / Und wandert mit mir hinaus in das
Land auf sonnigen blumigen Wegen. / Da fühlt ihr
das Leben, da spürt ihr die Kraft, da seht ihr allimmer
das Werden, / Das euch zum Beherrscher des Ganzen
gemacht, Zeit eures Daseins auf Erden. / Laßt fern
eure Sorgen, vergessen die Müh'n, vergehn und verderben
das Schlechte. / Schart euch zusammen in trostigen
Reihn und fordert nur kühn eure Rechte. / Es ist für
den Menschen allüberall die Erde so frei wie Gedanken, /
Es gibt in der Luft und auch nicht im Meer die hemmenden,
sperrenden Schranken. / O macht euch doch frei von
kleinlichem Sinn und erhebt euch zum rettenden Schlag, /
Daß endlich werde, was lange schon sei, der Menschheit
ein Pfingstfreudentag!

W. Sulan

Schutz der Arbeit.

Die immer stärker werdende Abhängigkeit der Staats- und Gemeindebetriebe von der Privatwirtschaft rückt den Schutz der Arbeitnehmer in den Aufgabentrets unseres Verbandes. In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Arbeitskraft nur Ware wie jede andere Ware, nur mit dem Unterschied, daß der Arbeiter als Besitzer und Träger der Ware Arbeitskraft sich mit ihrem Verkauf, wovon er lebt, sich selbst zu verkaufen hat. Staat und Unternehmertum können nicht umhin, einen Teil der Kosten des Schutzes der Arbeit zu decken. Ohne umfassende Sozialpolitik ist heute ein Kulturleben werteschaffender Menschen gar nicht denkbar. Bis zu Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts durfte sich der Staat nicht erlauben, einen Schutz der Arbeit vor allzu großer Ausbeutung zu fordern. Nach dieser Theorie war des Staates Aufgabe nur, die freie Betätigung der Arbeitskraft durch Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit usw. zu ermöglichen. Mit der fortschreitenden Vervollkommnung des Produktionsprozesses sind Frauen, Kinder, jugendliche Arbeiter ohne soziale Fürsorge der Degeneration verfallen. Sozialdemokratie und Gewerkschaften, die ihre Erstlingsdem durch die kapitalistische Produktionsweise erzeugten Massenproletariat verdanken, zwingen Staat und Unternehmertum, den Schutz der Arbeit innerhalb gewisser Grenzen anzuerkennen.

Der Geschäftsführer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Reisinger, stellt für den Abbau der Soziallasten folgende Gründe in den Vordergrund: „Es bleibt weiter unberücksichtigt, daß angelehnt der Vorbefastung der deutschen Produktion für den Lohnanteil . . . Grenzen gesetzt sind, die der deutsche Unternehmer gewiß gern weiter gezogen sehen möchte, um seine Arbeiterschaft restlos zufriedenzustellen, die aber heute schlechterdings nicht erweitert werden können.“

Diese „Gründe“ werden von Frh. Tarnow sachkundig durchleuchtet. Tarnow untersucht die „schwere Vorbefastung“ der Industrie, die nur als Deckmantel die arbeiterfeindlichen Tendenzen der Unternehmer verhüllen sollen und sagt treffend: Vor dem Krieg wäre jeder ausgelacht worden, der von einer schweren Belastung der deutschen Industrie geredet hätte. Die Tatsachen beweisen, daß die deutschen Erzeugnisse in einem fortgesetzt zunehmenden Umfang den Weltmarkt eroberten. Wenn es heute anders geworden sein sollte, müßte also im Vergleich zur Vorkriegszeit der deutschen Industrie ein Mehr an Lasten auferlegt sein, das bei den konkurrierenden Industrien des Auslandes kein Gegenstück fände. Dies wird denn auch von den Unternehmern behauptet, wobei sie die starke Vorbefastung zurückführen auf die Lasten des Dawes-Planes: die Erhöhung der Steuerlasten, die Erhöhung der Frachttarife und auf die Erhöhung der sozialen Lasten.

Abgesehen von der direkten Industriebelastung durch den Dawes-Plan von jährlich 300 Millionen Mark vom übernächsten Jahre an, sind alle übrigen Reparationslasten in den drei oben angegebenen Steuerarten enthalten. Die Belastung durch den Dawes-Plan muß also bis auf diese 300 Millionen Mark gestrichen werden. Eine Erhebung der Gesamtsteuerbelastung ist nicht zu bestreiten. Vor dem Kriege wurde das gesamte Steueraufkommen in Reich, Ländern und Gemeinden auf 5 bis 6 Milliarden Mark geschätzt. Im abgelaufenen Steuerjahr 1924 hat das Reich allein 7,312 Milliarden vereinnahmt, rechnet man dazu das Aufkommen bei den Ländern und Gemeinden, ist die Gesamtbelastung etwa doppelt so hoch wie vor dem Kriege. Sie beträgt 5 Milliarden Mark, die aber nicht einfach auf die Produktionskosten verbucht werden dürfen. Zwei Drittel dieser Summe werden ausschließlich von den Arbeitern und Konsumenten aufgebracht. Aber auch von dem restlichen Drittel müssen diese Schichten noch einen sehr großen Teil übernehmen. Bei einer genauen Berechnung dürfte es sogar fraglich sein, ob die jetzigen Steuern, die tatsächlich als Produktionskosten verbucht werden dürfen, überhaupt größer geworden sind. Und wie steht es nun mit den sozialen Lasten? Die von den Unternehmern zur Abwehr der gewerkschaftlichen Forderungen in die Debatte geworfenen Zahlen über das Maß der sozialen Belastung waren oft phantastisch hoch, ohne daß sie in ihren Einzelheiten stets sofort wirkungsvoll auf tatsächliche Zahlen zurückgeworfen werden konnten. Diese verlustvolle Arbeit unternimmt Franz Spließ in Heft 3 der Zeitschrift „Die Arbeit“. Wie mit dem Seziermesser des Anatomen, geht Spließ den Argumenten der Unternehmer zu Leibe, die in das Reichsarbeitsministerium zum Teil schon zurückgewiesen hat. Der Leiter der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Längler, versucht im Reichsarbeitsblatt nachzuweisen, daß die Gesamtlast höher ist, als amtlich errechnet.

Seine Beweisführung hält der Kritik gegenüber nicht stand. Einige Beispiele mögen das beweisen: Bei der Krankenversicherung

fällt auf, daß die Beiträge der Betriebskrankenkassen sehr oft über den Beiträgen der Ortskrankenkassen liegen. Das beweist sicher nicht, daß Reich und Unternehmer unerträglich belastet sind, sonst würden sie ihren Einfluß benutzen, um auf eine Herabsetzung der Beiträge zu dringen und dem Betriebskrankenkassenystem den Vortzug geben. Dr. Längler setzt weiter den Beitrag des Unternehmers für die Unfallversicherung viel zu hoch (mit 2 Proz. des Lohnes) ein. Für die Invalidenversicherung leistet der Arbeiter nach der Berechnung 1,5 Proz., der Unternehmer den gleichen Betrag. Da nun im Jahre 1924 auf die Invalidenversicherung 165 Millionen Mark Unternehmerbeitrag entfielen, auf die Unfallversicherung aber nur 100 Millionen Mark, also nur 60 Proz. des ersteren, dürfen nicht 2 Proz., sondern nur 0,9 Proz. eingeleitet werden. Das beweist, daß die Rechnungsmethode der Arbeitgeber bewußt oder unbewußt zur Irreführung der Öffentlichkeit leitet.

Spließ untersucht, wie hoch der einzelne Arbeiter im Verhältnis zu seinem Lohn belastet ist. Bisher fehlten zu einer objektiven Prüfung dieser Frage alle statistischen Unterlagen. Das Reichsarbeitsministerium mußte sich beschränken, die Soziallast rechnerisch zu konstruieren. Dr. Längler und andere Kritiker bezogen sich auf die Angaben einzelner Betriebe, um dabei zu sehr viel höheren Zahlen zu kommen. Einwandfreies, statistisches Material war nicht vorhanden. Dieser oft behauptete Mangel ist nunmehr behoben. Es liegen eingehende Berechnungen vor, die die statistische Abteilung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes durchführte. Au Wunsch des Bundesvorstandes sammelten 71 seiner Ortsausschüsse zu einem bestimmten Termin aus möglichst vielen Betrieben am Orte Lohnzettel. Bei der Auswahl der Orte wurden die Größenklassen, die verschiedenen Teile des Reiches und besonders typische Industrieorte berücksichtigt. Die Lohnzettel zeigen neben dem Bruttolohn die Abzüge für Sozialversicherung und Steuern und den Nettolohn. Der Versuch ist voll gelungen. Die Gesamtlohnlisten von 6464 Arbeitnehmern liegen vor. Hinzukommen 8332 Lohnzettel der verschiedensten Lohnperioden. Da die Lohnzettel wahllos und Stichprobenartig allen Betrieben und Teilen des Reiches entnommen sind, bieten sie unanschätzbare Material für unsere Arbeit. Nach der Arbeit Spließ ergibt sich bereits für Anfang November 1924 folgende durchschnittliche Belastung:

	Arbeitgeber	Arbeitnehmer	Zusammen
Krankenversicherung . . .	2,1 Proz.	4,2 Proz.	6,3 Proz.
Invalidenversicherung . . .	1,5 „	1,5 „	3,0 „
Erwerbslosenbeiträge . . .	0,7 „	0,7 „	1,4 „
Unfallversicherung . . .	0,9 „	—	0,9 „
Insgesamt	5,2 Proz.	6,4 Proz.	11,6 Proz.

Den Lasten aus Sozialbeiträgen zählt der Unternehmer noch gern die Belastung der Wirtschaft durch die Gewährung bezahlten Urlaubs hinzu. Ohne Unterlagen anzugeben, berechnet Herr von Borstig die Kosten für Urlaubsgewährung auf jährlich 270 Millionen Mark. Wie ungeheuerlich übertrieben diese Summe ist, weist die „Gewerkschafts-Zeitung“ in der Nummer 33 nach. Selbst wenn man die Restaurierung der Arbeitskraft durch den Urlaub, die tatsächlich die angewendeten Kosten mehr als wettmacht, nicht bemerkt, so ist festzustellen, daß die zahlenthätigen Aufwendungen der Wirtschaft für Urlaub keinesfalls 50 Millionen Mark übersteigen, wahrscheinlich sogar erheblich tiefer liegen.

Zwei Dinge unterscheiden sich also bei dem Kampf um die Abwälzung der Soziallasten haarscharf: Einmal die Scheu der Unternehmer vor einer Kürzung ihrer Profitrate, zum zweiten der Kampf der Arbeiter um die Erhaltung der Subsistenz. Die Bedeutung der Arbeit der statistischen Abteilung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beruht darin, daß sie Klarheit über die Belastung des Einzellohnes bringt und damit den maßlos übertriebenen und unkontrollierten Behauptungen der Unternehmer ein Ende macht. Zusammen mit den Veröffentlichungen des Reichsarbeitsministeriums macht sie die Bahn frei für eine objektive Antwort der Frage, ob unsere Wirtschaft eine Erweiterung der sozialpolitischen Belastung ertragen kann. Diese Antwort ist zu bejahen.

Eins zeigt der Kampf der Unternehmer zur Evidenz: Die Formen der Abwehr haben sich verfeinert. Nach der Throurede, die der damalige Reichsminister Graf zu Stolberg-Wernigerode am 15. Februar 1881 im Reichstag vorlas, sollte das Sozialgesetzgebungswerk „eine Vervollständigung der Gesetzgebung zum Schutze gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen“ sein. Dieses Ziel ist mißglückt. Staat und Unternehmer versuchen nun, es mit beliebigen Ideen zu erreichen. Sie laufen sich ein großes Angebotsheer und weisen diesem die Aufgabe zu, so oder so den Nachweis zu erbringen, daß sie die Gebenden und der Arbeiter der Empfangende ist. Ob der Arbeiter nun begreift, auf welcher Seite er kämpfen hat? F.

Das Gemeindebestimmungsrecht.

Im Reichstag wurde vor wenigen Wochen die Vorlage des Reichschankstättengesetzes beraten, das eine Regelung des Schankstättewesens und dadurch eine Einschränkung der Alkoholgefahr bringen sollte. Die Interessenten des Alkoholkapitals sahen in dieser Vorlage eine Gefahr für ihren Profit und so wurde denn die Vorlage durch ihre vereinten Stimmen abgelehnt. Der umstrittenste Teil des Reichschankstättengesetzes ist zweifellos der § 26, der das sogenannte Gemeindebestimmungsrecht (GBR.) darstellt.

Die Alkoholinteressenten betrachten das GBR. als den ersten Schritt auf dem Wege zum Alkoholverbot in Deutschland, während alle, denen das Wohl des deutschen Volkes und insbesondere der deutschen Arbeiterschaft am Herzen liegt, darin nur ein Mittel sehen, um die Alkoholfut, die Deutschland überschwemmt, etwas einzudämmen. Wie notwendig diese Maßnahme auch außenpolitisch ist, zeigt die Tatsache, daß Deutschland in amerikanischen Blütländern als Bettler dargestellt wird, dem die Schnapslätze aus der Tasche quillt. Und wenn wir ehlich sein wollen, müssen wir zugeben, daß diese Darstellung nicht unberechtigt ist!

Durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges mit all seinen Folgen ist Deutschland verarmt. Deutschlands Wirtschaft sucht sich durch Anleihen im Auslande wieder auf die Beine zu bringen. Wie wäre es, wenn das Geld, das der Alkoholismus verschlingt, für die Volkswirtschaft nutzbar gemacht würde? Wie leichtfertig in dieser Beziehung gewirtschaftet wird, mögen die folgenden Tatsachen zeigen:

Der Friedensvertrag von Versailles schreibt uns vor, von Frankreich eine bestimmte Alkoholmenge jährlich einzuführen. Im Laufe eines Vierteljahres wurde aber freiwillig das Sechsfache der vorgeschriebenen Jahresmenge eingeführt und getrunken!!! Wir haben im Jahre 1923 in drei Monaten 184 906 Zentner Reis- und Maisgrüß zu Alkohol vergoren! Hätte man den Betrag, der dafür ins Ausland wanderte, nicht für die deutsche Volkswirtschaft verwenden können? Vom 1. Oktober 1922 bis 1. April 1923 wurden in den Branntweinbrennereien 15 Millionen Zentner Kartoffeln zu Alkohol verbrannt! 1922 wurden in Deutschland 12 000 Hektar mit Hopfen und 11 500 Hektar mit Tabak bebaut. Auf dieser Fläche konnten 611 000 Zentner Brotgetreide angebaut werden!

Weshalb ich diese Dinge anführe? Um zu zeigen, wie notwendig eine Einschränkung des Alkoholkonsums ist, wenn Deutschland und damit die deutsche Arbeiterschaft wirtschaftlich gefunden soll. Diesem Zwecke sollte das Reichschankstättengesetz dienen, dessen Vorlegung durch die sozialdemokratische Fraktion gefordert war.

Das Wesen des GBR., das ein Teil des Schankstättengesetzes ist, erkennen wir am besten wohl durch ein Beispiel. Nehmen wir an, daß zu einem Städtchen seit undenklichen Zeiten ein kleiner Wald gehört, der Sonntags der Lieblingsaufenthalt der Bevölkerung dieser Stadt ist. Aus irgendeinem Grunde will die Stadt den Wald veräußern. Sofort werden Stimmen laut, die sich gegen dieses Vorhaben wenden. Es werden die Unterschriften derjenigen gesammelt, die die Erhaltung des Waldchens wünschen, und es stellt sich heraus, daß es der weitaus größte Teil der Einwohnerschaft ist. Die Stadtverwaltung mußte also von ihrem Projekt Abstand nehmen.

Wie in diesem Falle eine freiwillige Abstimmung die Entscheidung der Stadtverwaltung beeinflusste, soll durch das GBR. eine gesetzliche Einrichtung getroffen werden, die es ermöglicht, darüber zu entscheiden, ob eine Vermehrung oder Verminderung der Schankstätten oder ob Beschränkung des Alkoholaushanks im Willen der Bevölkerung liegt. Das GBR. stellt also nicht etwa eine Einschränkung der Rechte der Staatsbürger dar, sondern es bedeutet eine Vermehrung der Befugnisse.

Im Entwurf des Schankstättengesetzes hatte das GBR. folgende Formulierung gefunden:

§ 26. Durch Landesgesetz kann angeordnet werden, daß auf Verlangen eines Fünftels der zur Gemeindevahl berechtigten Mitglieder einer Gemeinde oder eines Gemeindebezirks in der Gemeinde oder dem Gemeindebezirk darüber abgestimmt wird, ob in der Gemeinde oder dem Gemeindebezirk

1. für neu zu errichtende Gast- und Schankwirtschaften die Erlaubnis, geistige Getränke auszuschenken, Anstiftung nach erteilt werden darf oder nicht,
2. die Erlaubnis, geistige Getränke auszuschenken, für bestehende Gast- und Schankwirtschaften im Falle des Bestwechselfs erneuert werden darf oder nicht,

3. das Ausshenden und Verabfolgen geistiger Getränke oder bestimmter Arten solcher Getränke

- a) nur im Kleinhandel oder
- b) nur in Gast- und Schankwirtschaften oder
- c) in Gast- und Schankwirtschaften und im Kleinhandel verboten werden soll.

Beim drei Viertel aller Wahlberechtigten sich an der Abstimmung beteiligen und zwei Drittel der gültigen Stimmen für das Verbot abgegeben werden, hat die zuständige Behörde binnen zwei Monaten nach dem Tage der Abstimmung entsprechende Anordnungen zu erlassen. Das Verbot, geistige Getränke auszuschenken oder zu verabfolgen (§ 27), wird sechs Monate nach der Verkündung wirksam.

Eine neue Abstimmung darf erst fünf Jahre nach einer früheren Abstimmung zugelassen werden. Die erlassenen Anordnungen dürfen nur aufgehoben oder eingeschränkt werden, wenn an der neuen Abstimmung drei Viertel aller Wahlberechtigten sich beteiligen und zwei Drittel der gültigen Stimmen für eine Aufhebung oder Einschränkung abgegeben werden.

Die Erlaubnis ruht während der Dauer des Verbots, geistige Getränke auszuschenken oder zu verabfolgen, in dem Umfange der Einschränkung.

Nach zwölfjähriger Dauer des Verbots erlischt die Erlaubnis, soweit sie von dem Verbot betroffen war.

Die oberste Landesbehörde erläßt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

Wenn sich die deutsche Arbeiterschaft mit diesem Entwurf einverstanden erklären soll, müßten einige wesentliche Änderungen getroffen werden. Die Formulierung im ersten Absatz: „Durch Landesgesetz kann angeordnet werden...“ überläßt die Ausführung des GBR. vollständig dem Belieben der einzelnen Länder. Daß diese Fassung das Gesetz für einzelne Länder (Bayern!) unsicher macht, ist anscheinend von dem volksparteilichen Abgeordneten Becker, der den Entwurf bearbeitete, nicht beachtet worden. Der erste Abschnitt müßte (unter Berücksichtigung einiger willkürlicher Zahlen etwa folgenden Wortlaut erhalten:

Auf Verlangen eines Fünftels der zur Gemeindewahl berechtigten Mitglieder einer Gemeinde oder eines Gemeindebezirks ist in der Gemeinde oder dem Gemeindebezirk darüber abzustimmen, ob in der Gemeinde oder dem Gemeindebezirk

Im zweiten Absatz des Entwurfes müßte es zweckmäßig heißen: Wenn sechs Fünftel der gültigen Stimmen für das Verbot abgegeben werden, hat

Im dritten Absatz sind folgende Änderungen wünschenswert: Eine neue Abstimmung darf erst drei Jahre nach einer früheren Abstimmung zugelassen werden. Die erlassenen Anordnungen dürfen nur aufgehoben oder eingeschränkt werden, wenn sechs Fünftel der gültigen Stimmen für eine Aufhebung oder Einschränkung abgegeben werden.

Die sich das deutsche Volk zum Alkoholismus stellt, geht aus Probeabstimmungen hervor, die in den verschiedensten Gegenden Deutschlands stattgefunden haben.

Eine Probeabstimmung über ein Alkoholverbot veranstalteten die Hamburger Guttempler im Stadtteil Hammerbrook. Sie hatte folgendes Ergebnis:

Wahlberechtigt waren 12 305 Personen. Es beteiligten sich 10 868 Personen gleich 88,3 Proz. Für das Verbot stimmten 9175 Personen gleich 84,4 Proz. der Abstimmenden. Gegen das Verbot stimmten 1239 Personen gleich 11,4 Proz. Freie Zettel haben abgegeben 451 Personen gleich 4,2 Proz.

In Reinickendorf veranstaltete die Wehrtruppe „Begleittruppe“ eine Probeabstimmung unter den Bewohnern der Inklusstraße über die folgenden Fragen:

1. Sind Sie gegen Vermehrung der Bier-, Wein- und Schnapschankstättchen? 2. Sind Sie für Herbeiführung eines gesetzlichen Alkoholverbotes?

1. Frage: 96 Proz. ja, 2. Frage: 68% Proz. ja, 11% Proz. nein.

Im Anschluß an eine Alkoholgegnerwoche in Berlin-Weidling wurde im 322. Stadtbezirk eine Probeabstimmung veranstaltet über die Frage: „Sind Sie für ein Verbot der Herstellung von Alkohol aus Lebensmitteln?“

Für das Verbot: 1520 Stimmen gleich 86 Proz., gegen das Verbot: 175 Stimmen gleich 14 Proz.

Die in der Zeit vom 2. bis 18. Juni 1924 in Giebing veranstaltete Probeabstimmung über die Frage: „Sind Sie für die gesetzliche Herbeiführung eines Alkoholverbotes?“ hatte folgendes Ergebnis:

	Männer	Frauen	Zusammen	Prozent
Ja	2910	4456	7366	84
Nein	661	488	1144	18,9
Enthalten	?	?	265	2,9

Dieses Ergebnis ist besonders bemerkenswert durch den Umstand, daß es in einem Gebiete erzielt wurde, in welchem sich neben einer Schnapsfabrik und mehreren Destillationen die größte Brauerei Westpreußens befindet.

Bei einer Abstimmung in Bielefeld ergab man folgende Ergebnisse in je drei Abstimmungsbezirken:

A. im Villenviertel			B. im Arbeiterviertel		
Ja	Nein	Enthalten	Ja	Nein	Enthalten
34	7	42	107	1	8
79	1	84	128	0	8
82	9	28	148	0	8

Diese Statistiken beweisen, daß das deutsche Volk, besonders aber die deutsche Arbeiterschaft, die Gefahr des Alkoholismus klar erkannt hat und für Befehle eintritt, die geeignet sind, den Alkoholismus wirksam zu unterdrücken. Das deutsche Volk will keinen Schnaps — die Interessenten des Alkoholkapitals arbeiten aber mit allen Mitteln, um dem deutschen Volke den Schnaps zu erhalten, weil sie ja sonst auf ihren Profit verzichten müßten. Wann wird hier einmal bessere Erkenntnis Platz greifen? H. Löggow.

Gemeinwirtschaftliche Wasserversorgung.

Die Versorgung mit Wasser war ursprünglich eine individuelle Aufgabe. Es war dem einzelnen überlassen, wie er zu dem für seinen Bedarf erforderlichen Wasser gelangte. Nur in wasserarmen Gebieten waren schon sehr früh gemeinschaftliche Anlagen üblich. Die älteste Art von Wassergewinnung bildet die Anlage von Zisternen sowie Brunnen, deren uralte Reste man in Westasien und Nordafrika findet, die bereits lange vor unserer Zeitrechnung bestanden und teilweise heute noch benutzt werden. Aber auch die Kunst, das Wasser vom Gewinnungsorte den entfernt liegenden Verbrauchsstellen zuzuführen, wurde bereits von den Römern in Kleinasien und Ägypten ausgeübt. Eine der ältesten Quellwasserleitungen ist die des Polykrates, die im 6. Jahrhundert v. Chr. zur Versorgung der Stadt Samos gebaut wurde. Von den Griechen übernahmen die Römer die Anregung zum Bau ihrer Wasserleitungen, die sie nicht nur in Rom, sondern auch in zahlreichen Städten der von ihnen eroberten Provinzen anlegten, um diese in ausreichender Weise mit Wasser zu versehen. Reste hiervon befinden sich noch in Arles, Avignon, Arcueil, Konstantinopel, Lyon, Mainz, Nimes, Paris, Trier usw.

Im Mittelalter gerieten diese Werke in Verfall. Neues wurde nicht an ihre Stelle gesetzt. Man begnügte sich in den Städten mit innerhalb der Stadimauern angelegten Brunnen und erst in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts ging man dazu über, diese durch Wasserleitungen zu ersetzen, die den Bewohnern das Wasser unmittelbar in die Wohnungen zuführen. So wurde die Wasserversorgung zu einer öffentlichen Aufgabe, mit dem Zweck, in

einem bestimmten Gebiet ausreichende Mengen von Trink- und Kühlwasser für öffentliche, gewerbliche und private Zwecke zur Verfügung zu stellen. Die Zunahme der Bevölkerungsdichtigkeit zwang selbst die kleineren Gemeinden, die öffentliche Wasserversorgung in die Hand zu nehmen, nicht nur aus dem Grunde, weil der immer stärker werdende Wasserbedarf durch Anlage von Brunnen nicht gedeckt werden konnte, sondern weil man nur so imstande war, hygienisch einwandfreies Wasser zu gewinnen.

In ihrer einfachsten Form erfolgt die Wasserversorgung durch Quellsfassungen und Fortleitung des Wassers. Größere Gemeinden dagegen sind auf die Errichtung von Wasserwerken angewiesen, für deren Umfang und Leistungsfähigkeit die Bevölkerungszahl, ihre Zunahme sowie der nach Jahreszeit, Tage und Stunden wechselnde Wasserbedarf zu berücksichtigen ist. Der Wasserbedarf ist je nach Gewohnheit, Wohlhabenheit, Reinlichkeitsbedürfnis der Bewohner, ferner nach dem Umfang der gewerblichen Betriebe und nach den Ansprüchen, die an öffentliche Einrichtungen, wie Badeanstalten, Springbrunnen, Bepflanzung der Straßen und Anlagen, Abשמwemmung von Fäkalien gestellt werden, zugleich aber auch nach der Art der Abgabe zum betriebigen Verbrauch gegen Pauschalvergütung oder unter Anwendung von Wassermessern verschieden. Er schwankt zwischen 55 bis 135 Liter pro Kopf und Tag. Im allgemeinen wird für mittlere Städte ein Durchschnittsverbrauch von 100 Liter, für Landgemeinden von 40 bis 60 Liter pro Kopf und Tag angenommen, wozu für Großvieh 50 Liter, für Kleinvieh 15 Liter pro Stück und Tag hinzuzurechnen sind. Am stärksten ist in der Regel der Wasserverbrauch dort, wo die Abgabe ohne Wassermesser erfolgt. Er kann hier bis zum Doppelten der angegebenen Durchschnittsmenge ansteigen. Im Gegensatz dazu nimmt der Wasserverbrauch ab, wenn das Wasser in Gefäßen herbeigehtolt werden muß, und sinkt bis auf 10 bis 15 Liter pro Kopf und Tag.

Neben der ausreichenden Versorgung der vorhandenen wie zuwachsenden Bevölkerung mit Wasser, die bei Anlage eines Wasserwerks für mindestens 10 bis 15 Jahre gesichert werden soll, kommt seine Beschaffenheit in Betracht. Gutes Trinkwasser soll in der Temperatur nicht über 9 bis 10 Grad Celsius hinausgehen, klar, farb- und geruchlos sein. Die Härte des Wassers kann 25 bis 30 deutsche Grade betragen. Weicheres Wasser mit weniger als 15 Härtegraden ist jedoch für Haushalt und Industrie vorzuziehen. Als Regel gilt, daß in einem Liter Wasser nicht mehr als 50 mg organische Stoffe vorkommen dürfen. Zur Feststellung einer einwandfreien Beschaffenheit des Wassers ist die bakteriologische Untersuchung nicht zu umgehen. Die Gewinnung des Wassers kann auf die verschiedenste Weise erfolgen, z. B. durch Quellsfassungen, Brunnen, Entnahme aus Grundwasser oder oberirdischen Wasserläufen, wie Flüssen, Seen und Sammelteichen. Bei der Entnahme aus Flußläufen soll sich die Entnahmestelle stets oberhalb des Versorgungsgebietes, bei Entnahme aus Seen an unbewohnten Teilen desselben in einiger Entfernung vom Ufer befinden. Enthält das Wasser, wie es bei der Entnahme aus oberirdischen Wasserläufen der

Sozialistische Pfingstgedanken.

Wieder ist Pfingsten, das Fest des Geistes und der Wissenschaften gekommen. Das mahnt uns, die wir durch die Schule von Marx, Engels und Lassalle gegangen sind, zu prüfen, ob unser geistiges Rüstzeug zum Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse aus kapitalistischer Fron ausreicht.

„Gehet hin und lehret alle Völker und taufet sie!“ Mit dieser Mahnung hatte sich Jesus von seinen Jüngern verabschiedet; so berichten uns die Evangelisten. Das hieß nichts anderes, als, gehet hin und agitiert für das Christentum und organisiert immer neue Gemeinden. Von Lukas, dem angeblichen Schreiber der Apostelgeschichte, erfahren wir, daß die kleine Christengemeinde, die bisher nur aus den 12 Jüngern, der Mutter, den Geschwistern und einiger sonstiger Freunde Jesus bestanden hatte, sofort auf 120 Mitglieder anwuchs. Schon 10 Tage nach jenem Mahnwort, „als der Tag der Pfingsten erfüllt war,“ kam die große Werberversammlung in Jerusalem. Mit einer bis dahin unbekanntem Begeisterung (mit feurigen Zungen, sagt Lukas) sprachen die Zwölfe, so daß als der Hauptredner Petrus geendet hatte, „hinzugetan wurden, an dem Tage, bei 3000 Seelen.“ So entstand die erste urchristliche Kommunistengemeinde.

Was war es denn, das die Apostel mit solcher Begeisterung reden ließ, das die Zuhörer hinriß und in die größte Bewunderung versetzte, zumal sie als ungelehrte Leute galten, die ihr Vebtag doch nur armelige Fischer gewesen waren?

Nun es war der Verfall aller Sitten bei den damals herrschenden Klassen im Römer- und Judentum. Es war das Auf-

bäumen der unterdrückten Klasse gegen ihre Peiniger. Es war eine Revolutionsbewegung, die eine neue Gesellschaftsordnung schaffen wollte. Drei Jahre lang waren die Jünger ihrem Meister gefolgt. In zahlreichen Predigten, erhärtet durch Gleichnisse, hatte dieser die Sünden der Besitzenden aufgezeigt und gegeißelt. Von der kapitalistischen Unmoral war Jesus so überzeugt, daß er ausrief: „Es ist leichter, daß ein Kamel durch ein Nadelohr gehe, denn daß ein Reicher in den Himmel komme.“ Als Anwalt und Helfer der Armen und Bedrängten, hatte er sich stets erwiesen. Statt der Moral des Hasses und der Rache predigte Jesus den Menschen die Ethik der Liebe, der Verzeihung, der Brüderlichkeit und der Solidarität. Eine neue sittlichere Weltanschauung hatte er geschaffen. Begierig hatten seine Anhänger seine Lehren aufgenommen, und wie heute noch edle Menschen von ihren Widersachern zu Tode gehetzt werden, so hatte die herrschende Sippe ihn ans Kreuz schlagen lassen. Es war nicht ihre Schuld, daß Jesu mit dem Leben davon kam. Das alles: das eigene Elend und der Weg daraus, den Jesu seinen Anhängern gezeigt hatte, die Verfolgungen und Leiden, die ihr Meister und schließlich sie selbst zu erdulden hatten und letzten Endes Jesus Mahnwort beim Abschiede hatten den Trost und den Kampfesmut, das geistige Rüstzeug und das heilige Feuer der Bereitschaft für eine neue ideale Sache, für die Unterdrückten und gegen die Bedrücker geweckt. Für ihre Ideale traten die ersten Christen mit ihrer ganzen Person ein und fürchteten weder Verfolgungen, noch Not und Tod. Herzerfrischend lesen sich heute noch, selbst für den, der längst mit Kirche und Christentum gebrochen hat, die zahlreichen Beispiele der Apostelgeschichte, wo die ersten Christen mit wahren Kampfesmut und unter Todesverachtung für ihre Ueberzeugungen stritten. So ist es erklärlich, daß sich das Christentum unaufhaltsam

fall zu sein pflegt, organische Beimengungen, so muß seine Reinigung erfolgen, die eine mechanische oder chemische sein kann. Erstere wird durch Ablagerung und Fällung, letztere durch Zusätze von Chemikalien bewirkt. Am gebräuchlichsten sind Sandfilter, die entweder offen oder verdeckt zur Anwendung gelangen. Zur Ausgleichung des Tagesverbrauchs ist die Einschaltung von Hochbehältern notwendig, die den Ueberschuß des Wasserzufflusses in den Stunden geringeren Verbrauchs aufzunehmen und zu denen das Wasser durch entsprechende Pumpvorrichtungen hinaufgetrieben wird. Das Leitungsnetz selbst ist dem stärksten Stundenverbrauch anzupassen.

Wenn die Wasserversorgung mit zunehmender Bevölkerungsdichtigkeit auch von vornherein als eine Aufgabe der Gemeinden erschien, so hinderte das nicht, daß das Privatekapital diese doch in ausgebeihem Maße in seine Hände zu bringen verstand. Besonders war das in England der Fall, wo das rapide Anwachsen der Städte die Selbstversorgung der Einwohner unmöglich und eine schnelle Lösung des Wasserversorgungsproblems notwendig machte. Die auftretenden Unzuträglichkeiten, die mangelnde Erfahrung wie auch die Abneigung der bürgerlichen Stadtverwaltungen, sich selbst mit dieser Lösung zu beschäftigen, erleichterten es privaten Gesellschaften, die Wasserversorgung zu ihrem Erwerbsgebiet zu machen. Schon 1574 wurde in London einem holländischen Unternehmer für die Dauer von 500 Jahren die Konzession zum Betriebe eines Wasserwerks verliehen. Im Jahre 1609 folgte ein weiterer Unternehmer, der den Betrieb zu einer Aktiengesellschaft ausgestaltete. Wie gewinnbringend das Unternehmen war, geht daraus hervor, daß der Wert der Aktien unausgesetzt stieg. Noch im Jahre 1737 wurde ihr Wert mit 5250, im Jahre 1890 dagegen mit 122 800 Pfund Sterling festgesetzt. Das System der privaten Wasserversorgung dehnte sich schnell aus. Bis 1811 entstanden 10 weitere Gesellschaften, die jede die Wasserversorgung zu einem gewinnbringenden Geschäft für sich zu machen mußte.

Die Erwartung, daß die Zulassung weiterer Gesellschaften eine Verbilligung des Wasserbezuges bringen würde, ging nicht in Erfüllung. Nach kurzem Konkurrenzkampfe, während dessen Dauer oft die Leitungen von drei Gesellschaften nebeneinander in einer Straße lagen, fand eine Vereinigung der Unternehmungen und Abgrenzung der Bezirke statt, die ihnen ein uneingeschränktes Monopol verschaffte, das rücksichtslos ausgenutzt wurde. Die Klagen der Bevölkerung über die hohen Preise, ungenügende Wasserzufuhr und schlechtes ungenießbares Wasser blieben unbeachtet. Das Wasser wurde einfach der Thurne entnommen, mit deren zunehmender Verunreinigung es sich fortgesetzt verschlechtern mußte. Erst der Ausbruch mehrerer Choleraepidemien brachten eine Aenderung. Seitdem ist auch in England eine stets wachsende Zahl der Gemeinden zur Errichtung eigener Wasserwerke übergegangen.

Die dort gemachten Erfahrungen haben mit dazu beigetragen, daß die Wasserversorgung in Deutschland nicht der gleichen Entwid-

lung verfiel. Mit wenigen Ausnahmen sind es die Gemeinden selbst, die sich damit befassen, teilweise mit Unterstützung des Staates. In dieser Hinsicht hat besonders die württembergische Regierung durch die Errichtung einer Landeswasserversorgung, die Wasserversorgung der hochgelegenen wasserarmen Alpgemeinden, der Silber und des Heuberggebietes Vorbildliches geleistet. Hunderte von Gemeinden des Landes erhalten dadurch gesundheitlich einwandfreies Wasser zugeführt, das aus eigenen Mitteln zu beschaffen ihnen unmöglich wäre. Ähnliche Einrichtungen finden sich in anderen Teilen des Reiches, den Beweis liefernd, daß Staat und Gemeinde bei der Schaffung gemeinwirtschaftlicher Einrichtungen der Mitwirkung des privaten Kapitals nicht bedürfen. M a t t u t a t.

Zur Arbeit der Betriebsvertretungen.

Der Wahlkampf der freien Gewerkschaften um die Neu- und Wiederwahl der Betriebsvertretungen für das Jahr 1925/26 nähert sich seinem Ende. Der Wahlkampf der freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer sollte geführt werden nach dem Aufruf des Bundesvorstandes und unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses, die als Richtlinien für die Aufstellung der Kandidaten zu den Betriebsvertretungen zu beachten waren. Stellen wir die Frage: Sind die Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses von allen freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern in ganz Deutschland eingehalten worden, so erhalten wir als Antwort kein einwandfreies Ja. Bedauerlich ist die Feststellung, daß selbst alte Gewerkschaftler der Errichtung der Betriebsvertretungen zur Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen gegenüber dem Arbeitgeber nicht das Verständnis entgegenbringen, das man eigentlich erwarten müßte. Die parteipolitischen Auffassungen wurden auch diesmal in den Kampf um die Betriebsvertretungskandidaten mit bestimmter Berechnung hineingetragen. Nicht die geistigen Fähigkeiten, sondern das Parteibuch sollte der Gradmesser für die Tauglichkeit der Kandidaten zu den Betriebsvertretungen sein. Die Folge derartiger Auffassungen haben die Arbeitnehmer zu tragen und wirken sich bis zu persönlichen Gehässigkeiten und Verunglimpfungen aus. Hier finden wir auch eine Ursache, die stets in ihrer Wirkung auf die Seele der Arbeitnehmer zu einer gewissen Wahlfaulheit führt. So hatten die Gewerkschaften viel Arbeit zu leisten, daß alle Arbeitnehmer — soweit die gesetzlichen Voraussetzungen im Betrieb vorhanden waren — ihre Betriebsvertretung selbst wählen. Die Betriebsvertretungen als Funktionäre der Gewerkschaften haben wichtige Funktionen zu erfüllen, die für einen erfolgreichen Kampf zur Hebung der wirtschaftlichen und kulturellen Lage der Arbeiterklasse von Bedeutung sind.

Wieder lehrte uns der Wahlkampf, daß ein Teil der Arbeitnehmer nicht genügend unterrichtet ist über die Arbeit, die die gesetzlichen Betriebsvertretungen im Interesse ihrer Mandatgeber

ausbreitete. Heute dominiert die christliche Kirche in Europa, Amerika, Australien und selbst in Afrika fast unumstritten.

Leider hat es die Klassengegenstände nicht zu beseligen vermocht. Dazu war es infolge seiner zu starken ideologischen und zu geringen materialistischen Einstellung nicht imstande. Seitdem Marx und Engels uns den „historischen Materialismus“ gelehrt haben, wissen wir auch, daß bisher alle Voraussetzungen fehlten zur Beseitigung aller Klassenunterschiede und Herbeiführung eines Gesellschaftszustandes, in dem es wirklich nur ein einzig Volk von Brüdern geben wird. Wir müssen erst durch die Epoche des Kapitalismus hindurch. Noch ist dieser nicht ausgereift, um von der sozialistischen Gesellschaft abgelöst zu werden. Da der Sozialismus vieles von der Ethik des Christentums übernommen hat, wird er demaleinst auch der Vollstrecker der urchristlichen Ideale werden. Der Christismus, das tausendjährige Reich der Glückseligkeit, das sich die erste Christenheit erhoffte, wird in der sozialistischen Gesellschaft seine Verwirklichung finden.

Der Sozialismus ist eine viel heiligere Sache als das Christentum. Waren die christlichen Lehren nur ideologisch, so sind die sozialistischen auch wissenschaftlich. Es liegt nun an uns, ob der Sozialismus früher oder später verwirklicht wird, ob er zunächst gebessert oder als sogenannter Volksozialismus sofort eintreten wird. Gewiß, die Entwicklung ist für uns; sie führt zum Sozialismus. Unsere Aufgabe aber ist es, ihm den Weg abzukürzen, ihm die Umwege zu ersparen und die sozialistische Gesellschaft möglichst vollkommen auszugestalten.

Dazu sollen uns die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen dienen. Dazu soll uns allen, vornehmlich, die wir organisiert sind, die sozialistische Erkenntnis dienen, wie sie uns von Marx, Engels und Lassalle gelehrt worden ist. Deshalb

müssen wir uns alle ausnahmslos mit dem Pfingstgeist des Sozialismus erfüllen. Haben wir den in uns aufgenommen und gehen wir an den Tagesereignissen nicht achtlos vorüber, sondern suchen sie mit sozialistisch-kritischen Augen zu betrachten, so sind wir auch reif, gleich den Begründern des Christentums und den Vorkämpfern des Sozialismus, hinzugehen in alle Welt und allen Völkern zu lehren die ideale Aufgabe, die wir zu erfüllen haben. Dann sind wir insbesondere reif, den Organisationsgedanken den Arbeitsstehenden begreiflich zu machen, auf daß sich das Marx-Engelsche Mahnwort erfüllt: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ Die Organisationen sollen uns die Macht verschaffen, den Kapitalismus niederzuringen. Die sozialistische Erkenntnis und die vielseitige Allgemeinbildung der einzelnen aber gibt der Organisation erst die Kraft, den Mut und die Klugheit, Kämpfe zu führen. Eine zahlenmäßig starke Organisation, ohne Geist, Wissen und Können ihrer Mitglieder ist ein tödlicher, unfähiger Koloss. Machen wir uns diese Gedanken zu eigen und handeln wir danach, so wird auch der unheilvolle Gegensatz zwischen Massen und Führern beseitigt sein. Die Führer werden dann wissen, daß sie bei all ihren Handlungen eine zuverlässige Masse hinter sich haben und diese wird nicht mehr unberechtigterweise über die „Verräter“ der Führer schimpfen, weil sie die Situation dann klar erkennen. Die Mitglieder werden dann ihren Führern genaue Richtlinien und erreichbare Forderungen übergeben, die zu vertreten deren Aufgabe ist.

Darum gehet hin, werbet und lehret, seht unerschrocken eure Person für eure Organisation ein, wie es die Apostel und die Vorkämpfer des Sozialismus für ihre Ueberzeugung taten. Erfüllt ein jeder aufs gewissenhafteste diese Pflicht, so wird bald der Sieg unser sein! O. R.

ketten sollen. Für den Auf- und Ausbau der Betriebsvertretungs-tätigkeit nach dem demokratischen Wirtschaftsprinzip, ist die Mit-arbeit aller Arbeitnehmer eine dringende Notwendigkeit. Diese Mitarbeit darf sich nicht nur auf die Betriebsversammlung be-schränken. Hier liegt im BRG. eine mangelhafte Fassung der §§ 45 bis 49. Denn die Bestimmung im § 48 „Die Betriebsver-sammlung kann Wünsche und Anträge an den Betriebsrat richten“, ist in ihrer rechtlichen Auslegung für die Betriebsbelegschaft ohne große Bedeutung. Es fehlt ein den demokratischen Grundgeden entsprechender Hinweis, daß die Betriebsvertretungen an die Be-schlüsse der Betriebsversammlungen gebunden sein sollen, wenn die Beschlüsse nicht gegen die gesetzlichen Pflichten der Betriebsver-tretungen verstoßen. So ist die Betriebsversammlung ein „dem Betriebsrat an Bedeutung untergeordnetes Organ“ der Betriebs-belegschaft. Die Betriebsvertretungen sind moralisch verpflichtet, die Beschlüsse der Betriebsversammlung zu beachten und durchzuführen, denn nur dadurch wird der Mangel an Rechte der Betriebsver-sammlung ausgeglichen. Die Betriebsvertretungen haben ferner die Möglichkeit, die Ergänzungs- und Ersatzmitglieder, wie die gewerk-schaftlichen Vertrauensleute zur intensiven Mitarbeit heranzuziehen. Können die Sitzungen nicht während der Arbeitszeit abgehalten werden, so müssen sie nach Arbeitsluß stattfinden. Damit wird die Arbeit der Betriebsvertretungen auf eine breitere Grundlage gestellt und die Möglichkeit geschaffen, daß alle Arbeitnehmer im Betrieb von der Arbeit ihrer Betriebsvertretung unterrichtet werden.

In der Öffentlichkeit werden von dem Unternehmertum und den Verwaltungsbeamten „Klagen“ erhoben, daß durch mangelnde Sachkenntnis die Wünsche und Forderungen der Betriebsver-tretungen oft nur Phrasen sind, die den Zweck haben, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine gewisse „Hege“ zu entfachen oder das die Betriebsvertretungen lediglich „Agitations-anträge“ in den Vordergrund ihrer Arbeit stellen.“ Wäre das der Fall, dann ist jede Arbeit der Betriebsvertretungen zur Unfrucht-barkeit verdammt. Deshalb haben die Betriebsvertretungen alles zu meiden, was auf dem Gebiete der Phrasologie liegt. Wünsche und Forderungen sind auf ihren praktischen Wert, auf die Möglich-keit ihrer Durchführung, auf die Wirkung des Betriebszweckes und auf die Arbeitnehmer zu prüfen.

Neben dieser grundsätzlichen Einstellung der Betriebsvertretungen zu ihrer Tätigkeit, die sie im Interesse der Arbeiterbewegung aus-üben sollen, muß die grundsätzliche Einstellung zu den freien Gewerkschaften — die Zusammenarbeit der Betriebsvertretungen mit den Gewerkschaften — stehen.

Der geschichtliche Werdegang der Gewerkschaften liegt be-gründet, in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Die Forderungen der Gewerkschaften haben ihre Ursachen in den Gegensätzen zwischen Kapital und Arbeit. Die Gewerkschaften kämpfen um die Erhöhung des Arbeitslohnes auf Kosten des Unternehmerrgewinns. Sie ver-langen Schonung der menschlichen Arbeitskraft und Verkürzung der täglichen oder wöchentlichen Arbeitszeit; sie fordern das Mit-bestimmungsrecht der Arbeitnehmer im Produktionsprozeß des ein-zelnen Betriebes und in der Gesamtwirtschaft und haben als End-ziel die Erkämpfung der Gemeinwirtschaft. Auf dem Wege zur Ueberwindung des Kapitalismus im wirtschaftlichen und politischen Kampf sind die Betriebsvertretungen Organe der Gewerkschaften. Als Funktionäre der Gewerkschaften tragen die Betriebsvertretungen einen Teil Verantwortung für die Durchführung der gewerkschaftlichen Forderungen.

Verantwortung wird den Betriebsvertretungen bewußt, wenn sie sich mit den wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Problemen beschäftigen. Hier ergibt sich für die Gewerkschaften eine der schwersten Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft. Sind auch die Bildungsmöglichkeiten für die Betriebsvertretungen noch mangelhaft, so muß doch gesagt werden, daß sie oft selbst nicht den nötigen Wert auf ihre Bildung legen. Beweise für diese Behauptung ergeben die Statistiken über die Teilnahme an den vorhandenen Bildungseinrichtungen. Die Betriebsvertretungen müssen endlich erkennen, daß in dem Bestreben nach Erforschung der Probleme, die im Rahmen des gesamten Kulturprozesses liegen, sich die geistige Erfassung der Bedeutung des Wortes Wissen bei der Arbeiter-klasse offenbart. Durch Aneignung von Bildung und Wissen erkennen wir auch die Notwendigkeit der Errichtung der Betriebsvertretungen — die Zusammenarbeit der Betriebsvertretungen mit den Gewerkschaften und daß die Betriebsvertretungen nur Funktionäre der Gewerkschaften sind.

B. Schapitz

Aus Politik und Volkswirtschaft

Genossenschaftswesen.

Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahre 1924. Das Gesamtergebnis des ersten Geschäftsjahrs nach Eintritt der Währungsstabilisierung zeigt, daß noch viel zu tun ist, um auch nur den früher innegehabten Boden und einen der Bedeutung der inzwischen erfolgten Erweiterungen entsprechenden Zuwachs zu erobern. Der Warenumsatz betrug 168 466 278 Mark, gegen 154 047 316 Mark im Jahre 1913. Vom Umsatz entfielen auf die Warenabteilung 1924 142 167 953 Mt. = 84,39 Proz., 1913 143 936 279 Mt. = 93,44 Proz. Produktionsbetriebe 1924 26 298 325 Mt. = 15,61 Proz., 1913 10 111 037 Mt. = 6,56 Proz. An Einzelheiten aus dem Warengeschäfte seien hervorgehoben: Der Absatz an Fleisch und Wurstwaren betrug 6,7 Millionen Kilogramm, darunter 3,4 Millionen Kilogramm Gefrierfleisch, gegen 800 000 Kilogramm im Jahre 1913. Das System der Schmalz-Konfigurationslager wurde weiter ausgebaut. Der Umsatz an Herings betrug 31 000 Tonnen (1913 10 000 Tonnen), der Umsatz im frischen Fisch 13 400 Zentner. Die Gewürzmühle konnte nicht voll beschäftigt werden, obwohl der Umsatz seit 1913 von 322 000 Kilogramm auf 616 000 Kilogramm stieg. In der Gewürzabpackerei wurden 5 1/2 Millionen Beutel Gewürze abgepackt. Auch die Raffineriebetriebe waren nicht voll beschäftigt. Die Weinkelerei steigerte ihren Umsatz, namentlich im Süddeutschen, erheblich. Ueber die Entwicklung der Einkaufsvereinigungen ist zu beachten: Der Mengen-umsatz der Lager betrug 21,8 Proz. des Gesamtumsatzes, gegen 10 bis 12 Proz. in der Vorriegezeit. Er stieg von 21 917 814 Kilogramm im ersten auf 24 892 078 Kilogramm im zweiten Halbjahr. In Witten wurde ein neues Lager mit Schrotmühle errichtet, das ostpreussische Lager wurde von Pillau nach Königsberg verlegt. Die Konfigurationslager wurden (bis auf die in Schmalz) aufgehoben. Der Geschäftsbereich der Abteilung Rheinland-Westfalen wurde im wesentlichen auf das besetzte Rhein- und Ruhrgebiet beschränkt. Das Lager Mannheim konnte seit dem 1. Mai wieder ungehindert benutzt werden. Lieferungen an ausländische Genossen-schaften fanden nur in geringem Umfange statt, während der Bezug von solchen ausgedehnter war und sich auf Belgien, Däne-mark, England, Holland, Litauen, Rußland, Oesterreich, Ungarn, Schweiz und Tschechoslowakei bezog. — Bei den Produktions-betrieben erfüllten sich die auf die Wiederkehr stabiler Wäh-rungsverhältnisse gesetzten Hoffnungen noch nicht. Ueber die Ent-wicklung der Umsatzerhältnisse im letzten Geschäftsjahr gibt die nach-folgende Tabelle Auskunft:

Eigenbetrieb	Warenumsatz		Gesamtumsatz des Umsatzes 1924 Mt.
	1923	1924	
Stigarenfabriken	14 373 Tonne	19 376 Tonne	} (Mit den Genossenschaftlichen Konsumvereinen) (abgesehen von den Einzelbetrieben)
Rauchtabakfabriken	477 426 Pfund	698 949 Pfund	
Rauchtobakfabriken	86 112	86 748	
Zigarettenfabriken	84 496 Tonne	85 742 Tonne	
Seifenfabriken	71 43 244 kg	85 011 549 kg	
Chemische Fabriken	—	5 700 000 Wareng.	
Handelsgüter	6 749 Aktien	6 668 Aktien	
Werkzeug- und Konfektion	816 500 Mt.	866 676 Mt.	
Lebensmittel	111 913 Stück	111 628 Stück	
Lebensmittel (Schweinefleisch)	74 347	102 296	
Lebensmittel u. Aktienfabriken	1 008 379	—	
Polymultrie (Tortumand)	—	409 000 Aktien	
Polymultrie	—	603 668	
Polymultrie	1 010 000 Stück	1 872 964 Stück	
Polymultrie	775 844 kg	878 186 kg	
Polymultrie	—	1 900 544	
Polymultrie	—	1 896 987	
Polymultrie	9 982 177 kg	9 479 369 kg	
Polymultrie	—	3 264 276	
Polymultrie	—	629 289	
Polymultrie	822 168 kg	825 491 kg	
Polymultrie	860 226	814 285	
Polymultrie	—	914 138	
Polymultrie	—	1 896 430	
Polymultrie	—	738 668	

Die Bankabteilung hatte Stromsätze im Debet 1913 rund 338 385 000 Mt., 1924 232 433 000 Mt. Im Kredit 1913 340 025 000 Mt., 1924 rund 218 045 000 Mt. Bankeinlagen höchster Stand 1913 rund 34 345 000 Mt., 1924 rund 8 954 000 Mt., niedrigster Stand 1913 rund 25 236 000 Mt., 1924 rund 4 732 000 Mt.

Die Zahl der beschäftigten Personen stieg von 2986 auf 3598; davon waren 1915 männliche und 1683 weibliche. Es waren im Handelsgeschäft 1260, in der Eigenproduktion 2338 Personen beschäftigt. In Steuern waren zu zahlen 1 690 572,43 Mt., wovon allein auf die Umsatzsteuer 975 867,04 Mt. entfielen. Die Bilanz schließt in Aktiven und Passiven mit 45 051 864,16 Mt. ab. Für die Verteilung des Ueberschusses wird der Generalversammlung vorgelegt: Vom Ueberschuß aus 1924 1 816 340,05 Mt. sind abzuziehen: 5 Proz. Zinsen auf eingezahltes Stammkapital 134 699,64 Mt. Von dem Rest von 1 681 640,41 Mt. sind zu überweisen: dem Reservefonds 250 000 Mt., dem Dispositionsfonds 532 663,71 Mt., dem Produktionsfonds 683 662,95 Mt., dem Bankreferenzfonds 215 31,75 Mt. Die Ergebnisse der ersten Monate des Jahres 1925 lassen hoffen, daß es künftig wieder rascher vorwärtsgehen wird.

• Aus den Gemeinden •

Halle ein zweites Essen. Im Arbeitsausschuß des Halleischen Bürgervereins hielt am 14. Mai Generaldirektor Dr. Lambert in einen Vortrag über die Werte der Stadt Halle, wobei er sehr interessante Zukunftsperspektiven entwickelte. Er wies auf die zur Genüge bekannte Tatsache hin, daß die städtischen Werte (die zwei Bergwerke, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke, Straßenbahn und Schlachthof) in den Kriegsjahren und Nachkriegsjahren schwer gelitten haben. Sie sind heruntergewirtschaftet und bedürfen einer gründlichen Erneuerung. Anleihen gibt es heute für keine Stadt, also sind alle erforderlichen Maßnahmen aus eigenen Mitteln zu decken. Bezüglich der Bergwerke wies der Vortragende darauf hin, daß von der Grube „Karl Ernst“ Ende des Jahres die Kohlenbelieferung des neuen Trothaer Elektrizitätswerkes aufgenommen werde; somit sei die Rentabilität der Grube sichergestellt. Im übrigen sei die Anlage aber veraltet, es sei daher beabsichtigt, in 3—4 Jahren die Kohlenförderung hier umzustellen und nach dem früheren Flugplatz mitten ins Kohlenfeld zu verlegen. Die Verhältnisse liegen besser auf der Grube „Frohe Zukunft“; sie arbeitet mit Leberschuß. Mit Stilllegung des alten Elektrizitätswerkes, das jetzt Hauptabnehmer ist, würden sich aber die Verhältnisse auch hier ändern. Wenn die rationell zu erreichende Kohle abgebaut ist — voraussichtlich in 2 bis 3 Jahren — soll auch diese Grube stillgelegt werden. Die Meinung, daß nur für 10 bis 20 Jahre Kohlen vorhanden seien, widerlegte Dr. Lambertin durch die Feststellung, daß das Mutungsrecht der Stadt sich über ein Gebiet erstreckt, in dem mindestens 15 Millionen Tonnen Kohle abgebaut werden können; das entspricht bei durchschnittlich 50 Millionen Kilowattstunden im Jahre (das Doppelte des jetzigen Bedarfs) einer Lebensdauer von 100 Jahren. — Das Elektrizitätswerk ist veraltet, weshalb der Neubau in Trotha notwendig geworden ist. Das neue Werk soll soweit gefördert werden, daß es noch am Ende dieses Jahres die Strombelieferung der Stadt teilweise übernimmt. — Das Gaswerk am Holzplatz ist gut und ausbaufähig; es bedarf allerdings einer alsbaldigen Erneuerung der abgewirtschafteten Deisen und der veralteten Kotsförderanlage. Die Durchführung dieser Arbeiten ist vorläufig zurückgestellt, weil in letzter Zeit in der Vergasung von Braunkohle große Fortschritte gemacht worden sind. Erweist sich das Problem als wirtschaftlich, so würde die Stadt damit von auswärtiger Kohle frei und ein neues Gaswerk neben dem neuen Elektrizitätswerk in Trotha erstellen lassen, wo der von den städtischen Gruben bezogene Braunkohle, ehe sie unter den Kesseln des Elektrizitätswerkes verbrennt, das Gas entzogen wird. — Das Pumpwerk, das an der Gister beim Rittergut Beesen liegt, ist in gutem Zustande; es müsse aber erweitert werden, wie auch die in der Niederhaltung zwischen Elster und Saale liegenden Wasserfassungsanlagen. Die Vorarbeiten sind bereits in Angriff genommen. Bei einem Mehrbedarf müsse dann aber ein neues Werk an anderer Stelle errichtet werden, das voraussichtlich viel weiter von Halle liegen dürfte als das Beesener Werk. Das Pumpwerk in Trotha wird zurzeit nur in dringenden Fällen zur Unterstützung herangezogen. Das Wasserrohrnetz bedarf zu seiner dem Wachstum der Stadt entsprechenden Ausdehnung keiner außergewöhnlichen Mittel mehr, da sämtliche Vorortgemeinden (Hölberg, Wörmlich und Nienleben ausgenommen) bereits vom städtischen Wasserwerk versorgt werden. — Bei der Straßenbahn sollen die am Holzplatz liegenden Wagenhallen und Werkstätten nach der Freiimfeldestraße verlegt werden; mit dem Bau wird voraussichtlich nach in diesem Jahre begonnen werden. Ferner ist beabsichtigt, den Betriebsbahnhof Seebener Straße nach Trotha in die Nähe des neuen Elektrizitätswerkes zu verlegen. Eine weitere Wagenhalle im Süden der Stadt dürfte erforderlich sein. — Beim Schlachthof ist die Maschinen- und Kesselanlage abgewirtschaftet und muß erneuert werden. Für die Eisergzeugungsanlage wird zurzeit ein neuer Kompressor mit elektrischem Antrieb und ein Eisgenerator aufgestellt. — Versuche, die Braunkohle auf dem Wege der sogenannten Tiefstemperaturverkohlung zu verschmelzen, werden jetzt unternommen. Dabei wird Urteer, Holzkoks und Schwelgas gewonnen. Der Urteer ist das Ausgangsprodukt für Benzin und Treiböl, dem Betriebsstoff für Dieselmotoren. Der Holzkoks eignet sich gemahlen vorzüglich zur Verbrennung unter Dampfesseln; nur mit dem übrigbleibenden Schwelgas weiß man noch nichts Rechtes anzufangen. Gelingt es, dieses Verfahren der Braunkohlenerverschmelzung im großen durchzuführen — die bisherigen Vorversuche sind gescheitert — und erweist es sich vor allem als wirtschaftlich, so würde das eine vollständige Umwälzung zur Folge haben. Eine verlockende Perspektive eröffnet sich da: Mitteldeutschland würde Ausfuhrgebiet für Benzin und Treiböl werden. Die Gaswerte würden sich von Steinkohlen auf Delgas einstellen, und die jetzigen Feuerungen der Dampfessel durch Kohlenstaubfeuerungen verdrängt. Elektrizitätswerke und Industrie würden mit dem Schwelgas versorgt werden, das in Großgasmaschine ausgenutzt werden könnte. Damit wären allerdings für Mitteldeutschland und insbesondere Halle Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen; die hier in der Tat dann ein zweites Essen entstehen lassen könnten.

• Straßenbahner •

Königsberg i. Pr. Den Bemühungen der Verbandsleitung ist es gelungen, die bisher täglich zehnstündige Arbeitszeit des Personals der Straßenbahn mit Wirkung vom 25. Mai 1925 ab auf 9½ Stunden herabzusetzen. Mit dem Beginn der 9½stündigen Arbeitszeit wird die ununterbrochene Dienstschiebt eingeführt. Durch diese Neuregelung ist neben der Verkürzung der Arbeitszeit erreicht worden, daß der bisherige, sich häufig auf den ganzen Tag erstreckende zerteilte Dienst aufhört. Alle Anstrengungen des christlichen „Fachverbandes der Straßenbahner“, die Neuregelung der Dienstzeit zum Scheitern zu bringen, sind vergeblich geblieben. Dieser „Fachverband“ hat, als am Tarifvertrag nichtbeteiligte Organisation, bei der Regelung der Tariffragen überhaupt kein Mitspracherecht. Hoffentlich dämmert dem gesamten Personal der Straßenbahner bald die Erkenntnis, daß die Zugehörigkeit zum „Fachverband“ auf die Regelung der Dienstverhältnisse der Straßenbahner ohne jeden Einfluß ist; im Gegenteil, die Fachverbändler schwächen nur ihre eigene Position dem Arbeitgeber gegenüber.

• Landstraßenwärter •

Cöthen. In der gut besuchten Vierteljahrsversammlung der Straßenwärter und Arbeiter des Kreises Cöthen waren 26 Straßenwärter und 3 Kreisarbeiter erschienen sowie Baumeister Thiele und Oberbaumeister Lange. Kollege Meister von der Gauleitung referierte über den neuen Manteltarif sowie die Vorträge der Magdeburger Konferenz über Straßenbau und Baumpflege und betonte, daß es segensreich wäre, öfter so einen Vortrag zu hören.

• Aus unserer Bewegung •

Die Landeskonferenz für das Tarifgebiet Hannover am 17. Mai 1925. Gauleiter Reihner gab den Tätigkeitsbericht. Die im verflohenen Jahre zu überwindenden Schwierigkeiten sind am besten daran zu erkennen, daß für die städtischen Arbeiter fast keine Lohnbewegung ohne Anrufen der Schlichtungsinstanzen zu Ende geführt werden konnte. Obwohl von Arbeitgeberseite immer die allzu geringe Entlohnung der städtischen Arbeiter zugegeben wurde, ließ man es doch fast immer auf einen Spruch der Schlichtungsinstanzen ankommen. Die nach der Inflationsperiode festgelegten Goldlohnsätze waren völlig unzureichend und konnten in langwierigen Verhandlungen bis zum heutigen Stande aufgebeffert werden. Der Kampf geht heute wieder um Pfennige und wird in weit schärferen Formen geführt als in der tollsten Zeit der Inflationsperiode. Maßgebend für den ablehnenden Standpunkt des Arbeitgeberverbandes sind in allen Verhandlungen die Löhne der Metallindustrie und die Löhne in Reich und Staat gewesen. Keiner wollte der erste sein, der mit einer weiteren Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeitnehmer voranging. Auch bei dem heutigen Stande der Löhne haben die städtischen Arbeiter noch längst nicht die berechtigten Forderungen auf Erfüllung ihrer Wünsche erreicht. Vieles ist noch nachzuholen. Außer dem Personal der Krankenanstalten, das am aller-schlechtesten während der Inflationsperiode weggenommen ist, haben auch die Landstraßen- und Chausseewärter unter den Nachwirkungen der Inflationszeit zu leiden gehabt. Während die ersteren heute wenigstens einen einigermaßen menschenwürdigen Lohn bekommen, können sich die letzteren noch lange nicht zufrieden geben. Diese Kollegen müssen aber verstehen, daß, wenn sie bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen wollen, sich mehr an die getroffenen Abmachungen der Organisation als an die Einklüsterungen der Herren Vorgesetzten halten müssen. Was nützt es z. B., wenn von der Organisation in den Verhandlungen zweimalige Zahlungen im Monat festgelegt werden, wenn ein Teil der Kollegen sich mit einmaligen Zahlungen einverstanden erklärt. Es kann außerdem von den Arbeitgebern wohl erwartet werden, daß ein jeder seine Pflicht auf der Arbeitsstätte tut, aber nur aus dem Grunde mehr zu tun, um sich beim Arbeitgeber „lieb kund“ zu machen, fördert das Weiterkommen der Landstraßenwärter keineswegs. Daß nebenbei die Kollegen sich mehr mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß nur durch die Organisation die erreichten Vorteile zu buchen sind und nicht, wie einzelne den Einstüßungen der Begemeister Glauben schenken, daß die Verbesserungen auf Betreiben der Vorgesetzten zustande gekommen wären, soll nur nebenbei erwähnt werden. In der Aussprache wurde Kritik geübt an den vom KVV herausgegebenen Richtlinien einer Ruheplanoordnung für die städtischen Arbeiter. Trotz des geringen Inhalts ist einzelnen Stadtverwaltungen auch das noch zuviel. Der ablehnende Standpunkt dieser Stadtverwaltungen wird mit einer Verfügung des preussischen Ministeriums des Innern begründet, um damit zu beweisen, wie wenig Verständnis ein sozialistischer Minister für die soziale Fürsorge der Arbeitnehmer hat. In Wirklichkeit war es der Reichsfinanzminister, der diese Verfügung erlassen hat. Hier eine Änderung herbeizuführen muß Aufgabe der Arbeitnehmer sein. In dem nun folgenden Referat verstand es Kollege Stettner vom Hauptvorstand, den Anwesenden die Notwendigkeit des zu-

ammenarbeitens der Arbeitnehmer öffentlich-rechtlicher Betriebe vor Augen zu führen. Die geplante Gasfernerverfolgung muß von den städtischen Arbeitern mit lebhaftem Interesse verfolgt werden. Obwohl diese Bestrebungen vorerst im Rheinland im Gange sind, werden sie sich schließlich auf das ganze Deutsche Reich ausdehnen. Durch die geplante Eingliederung der heute noch in Privathänden sich befindenden Transportbetriebe in die Reichsbahnverwaltung erhalten die Arbeitnehmer der öffentlich-rechtlichen Betriebe immer größere Berührungspunkte. Will die Arbeiterschaft all diesen Dingen nicht gleichgültig gegenüberstehen, dann muß sie in Zukunft sich mehr als bisher um die wirtschaftlichen Vorgänge kümmern. Um sich die nötigen Kenntnisse zur Verfolgung dieser Dinge anzueignen, muß sich die Arbeiterschaft mehr an den Bildungsbestrebungen der Organisation beteiligen. Stetter schilderte sodann die Aufgaben des nächsten Verbandstages. Er mahnt alle diejenigen, die als Delegierte an der Tagung in Frankfurt mitzuarbeiten berufen werden, ihr Bestes daranzusetzen, daß der Verbandstag ein Markstein in der Geschichte unserer Organisation werde. Beschlossen wurde folgender Antrag: „Die am 17. Mai 1925 in Hannover tagende Landeskonferenz für das Tarifgebiet Hannover beantragt, der § 34 des Verbandsstatuts bleibt unverändert.“ — Zum Schluß wurde die bisherige Tarifkommission wiedergewählt.

Berlin. Die außerordentliche Generalversammlung am 22. Mai nahm Stellung zu dem kommenden Verbandstag in Frankfurt a. M. Kollege Polenske schilderte in einem großzügig angelegten Referat die Zeit zwischen dem Verbandstage in Magdeburg und dem kommenden und bezeichnete die zwischen den beiden Verbandstagen liegende Zeit als die schwerste, die die deutsche Gewerkschaftsbewegung jemals durchgemacht habe. Trotzdem sei es bewundernswürdig, in wie kurzer Zeit nach dem fast völligen Zusammenbruch der Gewerkschaftsbewegung während der Inflationsperiode sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung wieder auf eigene Füße gestellt habe. Dies spiegelt sich auch innerhalb unseres Verbandes wider. Wenn auch bei einer Gegenüberstellung der Mitgliederzahlen vom Verbandstage in Magdeburg und dem jetzigen eine starke Verminderung der Mitgliederzahl festzustellen ist, so muß doch gesagt werden, daß diese Verminderung der Mitglieder nicht schädigend gewirkt hat, sondern daß eine Stärkung und Festigung unserer Organisation eingetreten sei. Er schilderte die Gründe der starken Mitgliederverluste, erwähnte in besonderen den rigorosen Abbau in Staat und Kommune und stellte fest, daß Berlin am schwersten unter den Abbaumaßnahmen gelitten habe. Gerade in Berlin war die Organisation selten so geehrt und einheitlich wie jetzt. Wir können daher froh in die Zukunft blicken. Es wurden dann die einzelnen Anträge zum Verbandstage durchgesprochen, unter denen als wichtiger ein Antrag auf Schaffung einer Reichsleitung für Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke zu bezeichnen ist. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der den Wunsch auspricht, daß die Verhandlungen zur Zusammenführung der Amsterdamer und Moskauer Gewerkschaftsinternationales von Erfolg begleitet seien. Die Generalversammlung zeigte ein selten einheitliches Bild und alle Ausführungen in der Debatte waren von dem Gedanken getragen, daß der kommende Verbandstag zur Stärkung und zum Ausbau unserer Organisation wirken möge. Zum Schluß wurde noch die Frage der Schaffung eines Bezirksstarikes besprochen und mitgeteilt, daß nach Überwindung der Schwierigkeiten, die durch den verzögerten Zusammentritt des Zentralausschusses entstanden sind, zu erwarten ist, daß in kürzester Frist der Bezirksstarik zum Abschluß kommen werde.

Köln. In der Mitgliederversammlung am 18. Mai 1925 schilderte Kollege Recker den Gang der mündlichen Verhandlungen, die ergebnislos verlaufen sind. Die Schiedsstelle trat dann am 16. Mai in Bismarck zusammen und fällte folgenden Spruch: „Die Löhne der Gelehrten werden um 3 Pf., die der Angelernten und Ungelernten sowie der Frauen um 2 Pf. pro Stunde ab 1. Mai 1925 erhöht.“ Demnach werden ab 1. Mai folgende Löhne gezahlt: Gelehrte 66 Pf., Angelernte 61 Pf., Ungelernte 56 Pf. und Frauen 43 Pf. pro Stunde. Kollege Recker wies auf das jahe Ringen hin, um den Arbeitgebern einen Pfennig nach dem anderen abzuwickeln und wir können für uns in Anspruch nehmen, daß wir in unserer Lohnpolitik tatsächlich Bahnbrecher für die Privatindustrie sind. Unsere Verhandlungen würden sich auch wesentlich günstiger gestalten, wenn die Kollegen in der Privatindustrie etwas mehr Aktivität an den Tag legen würden. In der Debatte wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Verbandsangestellte in jeder Beziehung seine Pflicht erfüllt und daß die Kollegenschaft auch den Mut aufbringen muß, dies öffentlich auszusprechen. Wenn die Erhöhung auch bei weitem nicht den Verhältnissen entspricht, so ist hierbei in Betracht zu ziehen, daß die Gewerkschaften getrennt marschieren und nicht einheitlich gegen das Unternehmertum vorgehen. Für den Monat Juni sollen erneut Forderungen eingereicht, und falls die mündlichen Verhandlungen ohne Erfolg sind, die Schiedsstelle angerufen werden. — Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kollege Recker einstimmig per Akklamation gewählt. Als Ersatzmann wurde Kollege Harber bestimmt. Zu der Bezirkskonferenz Wasserwerke werden Recker und Fr. Schuldt delegiert. Kollege Recker erinnerte an das am 30. Mai in Barnstorf stattfindende Manifest und forderte zur regen Beteiligung auf.

Rundschau

Großes Brandunglück in Hof a. S. Am 18. Mai mittags wurde der gesamte städtische Fuhrpark mit den dazu gehörigen Wohnungen ein Raub der Flammen. Das Feuer griff mit solcher unheimlicher Schnelligkeit um sich, daß der größte Teil der dort wohnenden Kollegen wenig mehr als das nackte Leben retten konnte. Sechs Familien sind einstweilen notdürftig untergebracht. Die übrigen acht Familien wurden von anderen Verbandskollegen aufgenommen, bis vom Stadtrat die benötigten Unterkünfte bereitgestellt werden. Bei diesem Brande ist auch unser Schriftführer, Kollege Heinrich Schaller, in den Flammen umgekommen. In ihm ist ein vorbildlicher treuer Kämpfer unserer Organisation verlorengegangen. Ein anderer Kollege, Paul Strobel, und der langjährige frühere Vorsitzende der Filiale, Schmiedemeister Georg Stölzel, sind mit schweren Brandwunden bedeckt ins städtische Krankenhaus gebracht worden. „Sie liegen hoffnungslos darnieder,“ wird uns geschrieben. Wir wünschen trotzdem aus vollem Herzen, daß ihnen Genesung zuteil wird. Vor dem schweren Verlust aber, den die verunglückten Familien, die Filiale und mit ihr der gesamte Verband erlitten haben, setzen wir tieftaurig die Fahnen. Zu wünschen wäre, daß den verunglückten Kollegen bald die Gesundheit wiedergegeben und der Materialschaden ersetzt werde, so daß sie aus materieller Not bald befreit sind. Die seelische Not, die Trauer, wird die alles heilende Zeit überwinden.

„Hohe Löhne sind unverantwortlich.“ Der bekannte Ausspruch des Ministers der Schwerindustrie, Reichswirtschaftsministers Dr. Neuhaus „Löhne und Gehälter nicht unverantwortlich in die Höhe zu treiben“, ist das Signal der Schwerindustrie, Lohnerhöhungen abzustoppen. „Nicht Lohnerhöhungen, sondern Produktionssteigerung und Kapitalbildung seien die Erfordernisse der Wirtschaft.“ Von dieser „Werttheorie“ ausgehend beschäftigen sich die gut bezahlten Syndizi der Unternehmerpresse mit dem Lohnproblem der Gewerkschaften und kommen merkwürdigerweise dabei zu dem Resultat: „Jede Lohnerhöhung gefährdet die Währung und muß schließlich eine neue Inflation zur Folge haben.“ Auf diese Art sucht man die Verantwortlichkeit zu bearbeiten und vor allem das Reichsarbeitsministerium sowie die Schlichtungsinstanzen von Schiedsprüchen zurückzuhalten, Lohn- und Gehaltserhöhungen zu bewilligen. Um falsche Vorstellungen zu verhüten, wollen wir der Sache einmal auf den Grund gehen. Die deutsche Wirtschaft wirft schon heute ganz ansehnliche Ueberschüsse ab. Von Rückstellungen und Abschreibungen, die zur Reproduktion des Kapitals gewiss notwendig sind, werden auch wieder Dividenden verteilt, die wohl „verdient“, aber nicht selbst erarbeitet sind. Ein Ueberschuß über die Lohnsteigerungen der verschiedenen Länder gibt nämlich folgendes Bild: Die durchschnittlichen Stundenlöhne betragen Ende 1924 in Prozent der Löhne von 1914 in Deutschland 122 Prozent, Italien 150, Frankreich 152, England 200, Schweiz 200, Schweden 249, Holland 295, in den Vereinigten Staaten 232 Prozent. Wenn man nun noch beachtet, daß die deutschen Arbeiter vielfach länger arbeiten als ihre Kollegen im Ausland, so kann man leicht erkennen, um wieviel die deutsche Unternehmerschaft besser gestellt ist als die Wirtschaft des Auslandes. Ja, läßt denn die Lohnhöhe auf den Innenmarkt keine Wirkung aus? Die kolossale Belegung der amerikanischen Wirtschaft ging in der Hauptsache von der enormen Aufnahmefähigkeit der amerikanischen Bevölkerung aus. In Deutschland ist die Bevölkerung nur für das Notwendigste aufnahmefähig. Deshalb das Bestreben, ausländische Absatzmärkte zu gewinnen. Daß aber eine Bevölkerung von 62 Millionen den größten und idealsten Absatzmarkt darstellt, scheint die Unternehmerpresse geistlichlich zu übersehen, oder man geht mit einigen Phrasen darüber hinweg, wie z. B. Dr. Meißinger, der in der „Industrie- und Handels-Ztg.“ darüber schreibt: „Es bleibt aber leider unbeachtet, in welch außerordentlichem Umfang auch schon beim heutigen Lohnniveau der Konsum ausländischer Güter bis in die sonst den Massen nicht zugänglichen Luxusgüter hinein gestiegen ist, und es bleibt damit eine Gefahr ganz außer acht, daß bei Erhöhung der Kaufkraft der breiten Masse im Inland nicht so sehr der deutsche wie der ausländische Produzent einen Vorteil habe.“ Also, die hohen Löhne begünstigen die Einfuhr „ausländischer Luxusartikel in immer zunehmendem Maße“. Dabei hat Dr. Meißinger z. T. recht: das argentinische Getreideflut kommt in immer größeren Mengen nach Deutschland, weil hierin ein Fleiß der Arbeiter wirklich ein „Luxusgut“ darstellt. Der Herr darf natürlich nicht wissen, daß gegenüber 1913 ein Rückgang des Fleischverbrauchs pro Kopf der Bevölkerung von 43,15 auf 26,71 Kilogramm eingetreten ist. Der Rückgang beträgt nicht weniger als 38,1 Prozent pro Kopf gegen den Fleischkonsum des Jahres 1913. Solange die Arbeitskraft als Grundlage der Wirtschaft nicht geschätzt und nicht gewertet wird, sind die „Sanierungsmaßnahmen“ der Schachtmacherjuristen nichts weiter als eine bezahlte Doktorarbeit.

Eingegangene Schriften und Bücher

Den Schaffenden das gute Buch. Eine neue Epoche hat für die Verbreitung des guten Buches in breiten Kreislagen begonnen, seit der Gedanke lebendig geworden, den Besitz vorbildlicher Literatur auch den wirtschaftlich Schwächeren möglich zu machen. Gute Bücher zu haben, war bisher Vorrecht der Schichten, die ihre sogenannte Bildung ihrer bebog- nungen wirtschaftlichen und sozialen Lage verdanken. Das Bedürfnis nach guten Büchern fand in den Kreisen der Schaffenden im umgekehrten Ver- hältnis zur Möglichkeit der Erfüllung. Das ist jetzt anders. Aus der Ge- meinschaft der gewaltigen Kulturbeurteilung des Buches wurde der Gedanke, eine auf Gemeinheitsgeist aufgebaute Organisation zu schaffen, die durch Zusammenfassung vieler Tausender auch dem wirtschaftlich Schwächeren seinen Anteil am Besitz guter Bücher sichert. „Der Bücherkreis“ — so heißt diese Kultur behebende Organisation — liefert jedem Mitgliede gegen 1 Mk. Monatsbeitrag (zur Zahlungserleichterung werden Marken zu 50 Pf. ausgegeben) jährlich vier Bücher, die nach Inhalt und Aus- stattung höchsten Ansprüchen genügen. Daneben wird eine reich illustrierte, vorzüglich geleitete literarisch-künstlerische Monatschrift geliefert. — Nach der begeisterten Aufnahme, die das erste Buch des „Bücherkreises“, „Das 19. Jahrhundert in den Karikaturen“ von Friedrich Wendel, gefunden, tragen neue Tausende in den Kulturkreis dieser Buchbesitzerorganisation, auch das zweite Buch des „Bücherkreises“, Martin Andersen Nexes „Ehne“, kann heute einer vielmal größeren Zahl von Lesern in die Hände gelegt werden als das erste. Martin Andersen Nexes ist einer von jenen Dichtern, die im tiefsten Verzweifelt sind mit dem Proletariat. Er hat uns in „Ehne, der Grobener“ seine bittere Jugend dichterisch ge- skizziert, und wir wissen, er ist Fleisch von unserem Fleisch, Geist von unserem Geist. Die „Ehne“, die jetzt in die Hände der Mitglieder des Bücherkreises gelangt, ist der zu gewaltiger Tragik wachsende Roman eines Vereinskammlers. Das Gedicht einer zerbrochenen Ehe, die ein Kom- promiß zwischen Schönheit und Geld war, läßt der Dichter an uns vorbeigleiten. In der Seele eines Kindes spiegelt sich die tragischen Ereignisse, und gerade dadurch entsteht ein so plastisches Bild, in künstlerischer Ge- staltungskraft gefolgt. Das Kind reist zum Zirkus, und wir erleben mit ihm sein eigenes Schicksal, seines Lebens Glückschnitt. Er kom- pottiert nur zwei Sommer, aber jede Stunde ist wie ein goldener Tropfen, der verstreut in den großen Sand fällt. Bis das Unglück, Schicksal, des Vaters Gespenst — ein Unheil eines Tages den goldenen Strom jähling ab- bricht. Das Mädchen, das er aus voller Seele liebt, hat den Freitod im Wasser gewählt, und er trägt die Schuld in sich an diesem Ver- zweiflungsschritt. Er irrt in der Welt herum, bis ihn die Sehnsucht nach den Stätten, wo das Mädchen gelebt, zurücktreibt in einen der großen Buchenwälder Ostfalands. Dort lebt er vereinsamt und sucht seine Schuld zu sühnen, indem er anderen hilft, die Last des Lebens zu tragen, ihr Glück zu finden. Die feinen Schilderungen, mit denen das Glück vieler Menschenfinder geschildert ist, verbreiten einen jarten Hauch über das Buch. Und die lebenswahren Einzelschilderungen vom Schicksal einer armen Dienstmagd, vom Leben der Proletarierkinder zeigen uns den gefaltungsträchtigen Dichter der Schaffenden. — Die vollendete Aus- stattung des Buches erhebt sich über die Fremde, mit der man es zur Hand nimmt, und wer noch nicht Mitglied des „Bücherkreises“ ist, wird es

werden wollen, wenn er von diesem Buch weiß, daß es im „Bücherkreise“ erschienen. Je mehr Mitglieder der „Bücherkreis“ hat, desto leistungsfähiger wird er sein. Deshalb, alle, die ihr auch die Möglichkeit schaffen wollen, für wenig Geld zu einer gebietenden Handbühne zu kommen: Gehen in den „Bücherkreis“! Wegen Aufnahme wenden man sich an die Haupt- geschäftsstelle „Der Bücherkreis“, Berlin SW. 68, Linden- straße 2.

Die Psychotechnik im Dienste der Deutschen Reichsbahn. Von Richard Coué. BSB-Verlag, G. m. b. H. Berlin-Sw. 19.

Das Eisenbahnwesen Deutschlands hat in seiner inneren Struktur eine durchgreifende Veränderung erfahren. Insbesondere ist infolge der Dampf- Gesetz eine verstärkte Ausnutzung der Arbeitskraft jedes einzelnen Angestellten und Beamten beabsichtigt, um die Ueberschüsse herauszuholen, die zur Deckung notwendig sind. Es sind nun schon seit langem Bestrebungen bei der Deutschen Reichsbahn im Gange, eine sogenannte psychotechnische Organisation zu schaffen, die planmäßig die besondere Eignung des einzelnen Personals vornehmen soll. Eine solche Prüfstelle hat, wie in dem Vorwort der Schrift mitgeteilt wird, bereits circa 2500 Mann geprüft und auch besondere Eignungsprüfungen für die Werksstätten- leitung vorgenommen. Die Ausdehnung der Prüfung über das ganze Reich auf mehr als 100 Werksstätten hat eine vollständige neuartige Auf- gabe und Lösung erforderlich gemacht. In der vorliegenden Schrift wird nun über die Resultate der Leistungsproben eingehend berichtet, wobei zu- gegeben wird, daß ein festes Programm aus den vorhandenen Resultaten kaum gewonnen werden kann, da fortgesetzt neue Anforderungen an den einzelnen zu stellen sind und der Betrieb selber auch neue Umstellungen erfahren muß. In objektiver und einbringlicher Weise wird andererseits die Befestigung der Berufsbewertung im einzelnen geschildert, besonders auch berufsunfähige Untersuchungen und Eignungsprüfungen für die Beamten- laufbahn. Neben der psychotechnischen Befestigungsprüfung ist eine beson- dere Eignungsprüfung für un- und angelernte Arbeiter eingerichtet worden sowie für die Umgestaltung der Ausbildung der Beamten nach psycho- technischen Gesichtspunkten. Unter anderem ist auch das Verhalten der Beamten gegenüber dem Publikum sowie das Verhältnis des Vorgesetzten zu dem nachgeordneten Personal im besonderen Kapitel erläutert. Wir möchten dazu nur sagen, daß die Forderungen und die program- matischen Festlegungen an sich sehr schön sind, daß aber besonders auch bei den Schaffenden das Publikum noch häufig viel Klage zu führen hat, insbesondere durch die nicht immer zweckmäßige Verteilung der Dienststellen, die ein viel zu langes Warten des abzufertigenden Anstän- digen erfordert. Ebenso ist auch in Bezug auf die Vorgesetzten der be- zogenen, die noch aus der alten Schule stammen, das System der Ver- tragsarbeit (der Reservistenposten) viel zu sehr ausgedehnt. Hier kann das Buch, das rein wissenschaftlich die Unterlagen für eine neuzeitliche Auf- stellung der Dinge gibt, wahrhaft bekehren und erzieherisch wirken. Eine Reihe von graphischen Tabellen und Zeichnungen sind dem Buch beige- fügt. Es wäre zu wünschen, daß auch für Gemeinbetriebe in ähnlicher Weise ein Versuch gemacht würde, den gesamten Arbeitsprozeß rein wissenschaftlich mittels der Psychotechnik rational zu gestalten, ohne daß das auf Kosten der Arbeiterkraft geschieht. Alles in allem ist das Buch eine interessante Schrift und als solche sehr zu empfehlen.

Als Abgebauer (Uhrengeschäft meines Schwiegervaters übernommen) biete an:
14 Mar.
vergold. Sprungdeckeluhren
10 Jähr. Garantie, auf die Minute genau geh., Marke Jungmann, Drusus od. Schweizer, nehme anstandslos zurück, wenn nicht gefügt, gegen 70 M. bei 25 M. Anzahl, dann monatl. Raten von 15 M. ohne Erhebung eines Zuschlages.
— Zahlreiche Dankschreiben.
Julius Heitschel, Markcnackkirchen
Uhren, Optik, Gramophon, Geigen, Zupf- und andere Instrumente.

Gummi Saug. etc. hyg. Art. Preis. send. gratis. disk. Versand. Pharm. hyg. Industrie Medicin. 14. Wismar. 75 r.
Gute starke Kiste
12 Kisten c. Inhalt 1/2 bis 1 1/2 Meter lang u. 1/2 Meter hoch.
Nur 2 Tpe. zu Wahl
Samth. Schmidt, Hannover 66 R.

„Komet-Freilauf“
ES GIBT KEINEN BESSEREN!

HERMANN ENGEL, BERLIN C25, Landsberger Strasse 85-87

Täglich ganz außergewöhnl. billige Einkaufsgelegenheiten
in Herren-, Damen- und Kinderkonfektion, Kleider- und Seidenstoffen, Herrenstoffen, Trikotagen, Strümpfen, Handschuhen, Leibwäsche, Bettwäsche, Tischwäsche, Teppichen, Gardinen, Möbelstoffen.

Trotz meiner bekannt billigsten Preise biete ich Ihnen erleichterte Zahlungsbedingungen ohne jedwede Preisermäßigung, und biete ich Sie, von meiner neuen Einrichtung Gebrauch zu machen. Ankauf gibt Ihnen gern meine Rechnungsbüchlein.
Verlangen Sie bitte meine illustrierte Frühjahrspreisliste, die Ihnen kostenlos zugesandt wird. Meine Versandabteilung erledigt umgehend alle Aufträge; Nichtgefallendes wird ohne weiteres zurückgenommen.

Von 20 jährigem Magenleiden befreit.

Offentliche Dankschreiben:
 Da ich sollte operiert werden, wollte ich erst
 Ihren Magenleiden probieren. Habe das Magenleiden
 schon 20 Jahre, konnte gar nicht mehr arbeiten und
 fast nichts mehr essen. Seit ich Ihren Tee trinke,
 habe ich keine Schmerzen mehr und kann schlafen
 und essen was kommt, bin wie neu geboren und
 empfehle Sie überall. Senden Sie mir nochmals
 6 Pakete ufm. Frau Sofie Greiner, Glasblitten.
 Es gibt Menschen, die nur an den Arzt glauben.
 Ich bin seit Jahren magenleidend gewesen und war
 bei vielen Ärzten, welche mit Bittern und Mineral-
 wasser versuchten, aber alles ohne den geringsten
 Erfolg. Seit ich jedoch Ihren Berberis-Magenleiden
 trinke, ist mein Magen gesund geworden. Der
 Berberis-Magenleiden ist ein Gotteswunder! Ich habe
 nämlich Appetit und bin völlig schmerzlos. Aber
 nicht nur ich bin gesund geworden, sondern noch
 eine vornehme Dame, Frau von ... und noch
 zwei Frauen. Wir danken alle herzlich und werden
 weit und breit Ihren Tee empfehlen und Ihre
 Adresse unseren Nachkommen hinterlassen. Senden
 Sie uns nochmals 4 Pakete ufm.
 Schloss Oberdorf, 8. Mai 1922.
 Aus tiefstem Freudenbergen teile ich Ihnen
 mit, daß mir der von einer Bekannten besorgte
 Berberis-Magenleiden gut getan hat. Nach 10 Jahre
 langer Darmverwahrung fühle ich mich seit drei

Wochen wieder wie neu geboren. Sobald ich in
 mein Mutterhaus zurückkehrte, werde ich meiner
 Oberin und Herrn Gehemrat, welcher mir nach
 wiederholter Operation die Gesundheit nicht ver-
 schafften konnte, dieses Wunder erzählen und Ihren
 Tee danken, wo ich kann, warm empfehlen. Da
 solche Wunderwirkung der Offenheit mit einem
 gewissen Bekanntheit werden darf, bitte ich darum,
 mein Dankschreiben zu veröffentlichen.
 Schwester Emilie Knieper, Charlottenburg.
 Was Verate innerhalb 3 Jahren nicht ferti-
 bringen konnten, hat Ihr Magenleiden in 3 Wochen
 erledigt! Ich war nach 3 Wochen schon gesund,
 aber, da ich den Tee nie mehr aussetzen lassen
 möchte, bitte ich um weitere 6 Pakete unter Nach-
 nahme ufm.
 Straßfund, den 30. August 1924. Paul Offowitz.
 Ich litt seit 4 Jahren an Magenleiden, ver-
 bunden mit Magenkrämpfen und totaler Ueber-
 schuß an Magensaft. Aufmerksam gemacht durch
 Ihr Inserat in der Münchener Zeitung, ließ ich
 mir in der Diana-Apothete, obwohl ich wenig Ver-
 trauen auf Besserung meines Lebens hatte, weil ich
 schon alle möglichen Arten erloslos machte, ein
 Paket von Ihrem Berberis-Magenleiden holen und
 war geradezu erkaunt über die wohlthunende Wir-

kung schon nach den ersten Kaffen. So sollte ich
 wieder Appetit ein, das lästige Wasserbrechen und
 die Krämpfe blieben aus, so daß ich Hoffnung habe,
 endlich wieder durch diesen Tee zu gesundem. Auf
 diese Wirkung wollte ich mir gleich 6 Pakete holen
 lassen, aber umsonst, denn der Apotheker hatte den
 Tee ausverkauft. So etwas ist mir unersöhnlich.
 Ich bitte Sie deshalb, mir so rasch als möglich
 6 Pakete auszusenden und danke ich Ihnen dafür
 schon im voraus. Selbstverständlich werde ich nicht
 veräumen, den Tee allen Magenkranken bestens
 zu empfehlen.
 Kürnberg, 21. März 1925.
 Theo Barth, Am den Wägen 7/II.
 Massenhafte ähnliche Dankschreiben. Da aber der
 Raum in Zeitungen so teuer ist, müssen wir von
 Abdrucken weiterer Dankschreiben absehen.
 Unser Philippburger Berberis-Magenleiden ist
 also ein wirklich bewährtes Mittel bei ver-
 schiedenen Magenleiden, wie Magenschwäche, ver-
 dorbenem Magen, Magen- und Darmstörungen,
 Sodbrennen, Aufstossen, Magenleiden, Magen-
 Appetitlosigkeit, Verdauungsbeschwerden, nervösen
 Magenstörungen, Magenkrämpfen, Krämpfen, Magen-
 geschwüren ufm. Paket 2,50 Mk. (Rur: 2, 6 bis
 12 Pakete.) Bestellung und Versand: Berberis-
 Kräuterparade, Philippburg 205 (Sachsen).

In der Sammlung Schriften zur „Aufklärung u. Weiterbildung“

herausgegeben vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

sind soeben neu erschienen:

- Heft 14: Der Weg aus der Wohnungsnot**
 Finanzierungsvorläufe und -möglichkeiten von Victor Noad, Berlin
- Heft 15: Die deutsche Literatur**
 von Johannes Gut, Berlin
- Heft 16: Gewerkschaften, Industriemenschheit und Produktionschule**
 von Emil Dittmer, Berlin
- Heft 17: Gewerkschaften und Gemeinwirtschaft**
 von Hermann Mattutat, Stuttgart
- Heft 18: Die internationale Gewerkschaftsbewegung**
 von Oskar Kurpat, Leipzig

Bisher sind erschienen:

- | | | |
|---|--|--|
| <p>Heft 1: Aufgabe zur Einführung in die Psychologie.
 Von Wilhelm Lutz, Essen a. d. Ruhr.
 Eine Fülle von Anregungen und leichtverständlichen
 Erklärungen auf dem Gebiete des geistigen Lebens,
 Denkens und Empfindens sind in dieser Schrift auf-
 gegeben.</p> <p>Heft 2: Semmelweis.
 Eine Skizze v. Alfred von Berger.
 (Bergstiftung.)</p> <p>Heft 3: Naturentwicklung und Weltanschauung.
 Von Johannes Gut, Berlin, 2. Auflage.
 In die Tiefen und Weiten des unermesslichen Welt-
 alls führt Joh. Gut mit dieser Schrift über die Ent-
 wicklung der Welt, über Kraft und Stoff, die Grund-
 lagen des Weltaufbaues.</p> <p>Heft 4: Biologie — die Wissenschaft vom Leben.
 Von Johannes Gut, Berlin, 2. Auflage.
 Von der wichtigstein Arztelehre angefangen bis zu
 hochentwickeltesten Pflanzen und Tieren, vom einzelnen
 Individuum bis zur Millionenorganismenorganisation wird
 in volkstümlicher Weise der Zusammenhang in der
 Entwicklung des Lebens dargestellt.</p> <p>Heft 5: I. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.
 II. Kommunalförderung, Entkommunalförderung, Sozialfürsorge.
 Von Fritz Rüntner, Berlin.
 Die im vorliegenden Heft zusammengefaßten beiden
 Beiträge geben einen Überblick über die bisherige
 und fernere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands.</p> | <p>Heft 6: Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften.
 Von Emil Dittmer, Berlin.
 In bemerkenswerter Weise zeigt der Verfasser eine
 Reihe von Angriffspunkten, an denen nicht nur die
 gewerkschaftlichen Organisationen, sondern jeder ein-
 zelne eingreifen kann, um am Ganzen mitzuwirken.</p> <p>Heft 7: Soziale Gedichte.
 Eine Auswahl neuerer Arbeitergedichte, die vom
 Schaffen und Streben, von Freude und Leid des
 arbeitenden Volkes singen.</p> <p>Heft 8: Die Entstehung und Entwicklung des Menschengeschlechts. 1. Teil.
 Von Johannes Gut, Berlin.
 Im ersten Teil der Entwicklungsgeschichte führt und
 Johannes Gut in leichtverständlicher Erzählweise,
 beginnend mit dem vorgeschichtlichen Menschen, durch
 Altertum und Mittelalter der Weltgeschichte.</p> <p>Heft 9: Die Entstehung und Entwicklung des Menschengeschlechts. 2. Teil.
 Von Johannes Gut, Berlin.
 Im zweiten Teile der Entwicklungsgeschichte des
 Menschengeschlechts zeigt der Verfasser den gewalt-
 tigen Fortschritt der Kultur. Mit reichhaltigem Tat-
 sachenmaterial belegt, wird die Geschichte der heutigen
 Kulturstaaten der alten und neuen Welt dem Leser
 zugänglich gemacht.</p> <p>Heft 10: Sozialisten und Arbeiterführer.
 Kurze Biographien über Marx, Bebel, Reagen u. a.
 Das Buchlein bringt eine Auswahl von Lebens-
 beschreibungen bekannter Sozialisten und Arbeiter-
 führer, die sich um die sozialistische und freigewerks-
 chaftliche Arbeiterbewegung verdient gemacht haben.</p> | <p>Heft 11: Der Entlassungsschutz von Betriebsratsmitgliedern und Betriebsobleuten.
 Von Rudolf Wed, Berlin-Friedrichshagen.
 Diese Schrift enthält eine zusammenfassende Dar-
 stellung d. Entlassungsschutzes für Betriebsvertrags-
 mitglieder unter Berücksichtigung der bisherigen Rechts-
 prechung.</p> <p>Heft 12: Warum brauchen wir Gewerkschaften?
 Von Otto Kurpat, Leipzig.
 Diese Schrift enthält neben einer kurzen Darstellung
 der Gewerkschaftsgeschichte eine Zusammenfassung der
 wichtigsten Forderungen der freien Gewerkschaften und
 erklärt Zweck und Ziel dieses bedeutsamsten Teiles
 der modernen Arbeiterbewegung.</p> <p>Heft 13: Die Entwicklung des Kapitalismus.
 Von Willy Schapitz, Leipzig.
 Aus dem Inhalt: Was müssen wir von der Entwik-
 lungsgänge des Kapitalismus wissen? Kräfte der kapita-
 listischen Entwicklung. Unternehmensformen. Die
 modernen industriellen Monopole u. a.</p> <p>Die Dritte für die Hefte 1 bis 4, 8 bis 12 und 14 bis 18
 sind 0,40 Goldmark, für die Hefte 5 bis 7, 9, 25 Goldmark,
 für Verbandsmitglieder nur 0,25 bzw. 0,15 Goldmark.</p> |
|---|--|--|

Zu beziehen durch:
Abteilung Bücher und Schriften
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
 Berlin SO33, Schleifische Straße 42.